

## Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland



**Bericht** von Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh

Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?

803

**Interview** mit Martin Kroh

»Gemeinsamkeiten beim politischen Interesse und große Unterschiede in der Wahlbeteiligung«

815

**Bericht** von Holger Lüthen

Die „Verzinsung“ von Rentenbeiträgen: Trends und Reformwirkung für die Geburtsjahrgänge 1935–1945

816

**Am aktuellen Rand** Kommentar von Karl Brenke

Deutschland – ein Streikland?

824



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e. V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
82. Jahrgang  
9. September 2015



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Standard-Abo:** 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

**Studenten-Abo:** 49,90 Euro.

**Probe-Abo:** 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de) oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

## NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

### Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck  
Dr. Kurt Geppert

### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Marie Kristin Marten  
Dr. Wolf-Peter Schill  
Dr. Vanessa von Schlippenbach

### Lektorat

Dr. Peter Krause  
Prof. Dr. Carsten Schröder

### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

### Gestaltung

Edenspiekermann

### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

# Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung?

Von Felix Arnold, Ronny Freier und Martin Kroh

Im Jahr 1990 wurden im Zuge der Wiedervereinigung die westdeutschen demokratischen Institutionen und das bestehende Parteiensystem auf die ostdeutschen Bundesländer ausgeweitet. Auch 25 Jahre danach unterscheiden sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland weiterhin in ihrem politischen Engagement und ihren politischen Einstellungen.

Allerdings lassen sich diese Unterschiede keinesfalls pauschalisieren. Eine differenzierte Analyse von Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass Unterschiede sowohl im allgemeinen Politikinteresse als auch bezüglich der aktiven Teilnahme an der Politik in vielen Jahren statistisch nicht nachweisbar sind. Dagegen zeigen sich bei der Parteiverbundenheit und in der tatsächlichen Wahlbeteiligung im Bund und den Ländern starke, persistente Unterschiede zwischen Ost und West. Die Lücke in der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen ist nicht nur seit Jahren auszumachen, sie ist auch über alle Altersgruppen hinweg deutlich erkennbar.

Auch das Parteiensystem unterscheidet sich noch recht deutlich zwischen Ost- und Westdeutschland. Dies zeigt sich insbesondere in der starken Rolle der Linken in Ostdeutschland, die sich trotz einiger Wahlerfolge in westdeutschen Parlamenten in den alten Bundesländern nicht vergleichbar etablieren konnten. Bei den Einstellungen der Bürger zum Sozialstaat, die zu Beginn der 1990er Jahre deutlich unterschiedlich ausfielen, lässt sich in unseren Daten aber durchaus eine Angleichung von Ost und West feststellen.

Mit der politischen Wiedervereinigung vor 25 Jahren durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurden einheitliche staatliche Institutionen in beiden Landesteilen geschaffen. Die Annäherung der politischen Einstellungen und der politischen Beteiligung von Bürgern in beiden Landesteilen ist aufgrund unterschiedlicher historischer und aktueller Erfahrungen und Lebenslagen naturgemäß ein längerfristiger Prozess.

Dass der Prozess der Annäherung der Lebenslagen in vielen Bereichen noch nicht abgeschlossen ist, ist für die Wirtschaft (Arbeitslosigkeit, Vermögen, Produktivität), für allgemeine Lebenseinstellungen (Vertrauen, Selbstbewusstsein, Zukunftsängste) und bei gesellschaftlichen Aspekten (Frauenerwerbstätigkeit, Kitabeteilung) oftmals dokumentiert.<sup>1</sup>

Während die Unterschiede zum Teil noch gravierend sind, lässt sich in etlichen Lebensbereichen eine – wenn auch langsame – Anpassung des Niveaus in Ost und West beobachten. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist nach den Höchstständen um die Jahrtausendwende auf neun Prozent im Jahr 2015 (im Westen 5,7 Prozent) gesunken. Die Produktivität im Osten steigt langsam und beharrlich (derzeit liegt sie bei 71 Prozent des Westniveaus). Auch bei der Frauenerwerbstätigkeit oder der

<sup>1</sup> Vgl. zum Beispiel Brenke, K., Fratzscher, M., Grabka, M.M., Holst, E., Hülle, S., Liebig, S., Priem, M., Rasner, A., Schober, P.S., Schupp, J., Stahl, J. F., Wieber, A. (2014): Die Wiedervereinigung – eine ökonomische Erfolgsgeschichte. DIW Wochenbericht 40. Krause, P., Goebel, J., Kroh, M., Wagner, G.G. (2010): 20 Jahre Wiedervereinigung: Wie weit Ost- und Westdeutschland zurückgekommen sind. DIW Wochenbericht 44. Krause, P., Ostner, I. (Hrsg.) (2010): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010. Campus. Alesina, A., Fuchs-Schuendeln, N. (2007): Good-Bye Lenin (or Not?): The Effect of Communism on People's Preferences. *The American Economic Review*, 97 (4), 1507–1528. Rainer, H., Siedler, T. (2009): Does democracy foster trust? *Journal of Comparative Economics*, 37 (2), 251–269. Ockenfels, A., Weimann, J. (1999): Types and patterns: an experimental East-West-German comparison of cooperation and solidarity. *Journal of Public Economics*, 71 (2), 275–287. Brosig-Koch, J. et al. (2011): Still different after all these years: Solidarity behavior in East and West Germany. *Journal of Public Economics*, 95 (11), 1373–1376.

Kitabetreuung nähern sich die Landesteile an, weil der Westen hier aufholt. Positiv zu erwähnen ist, dass sich die allgemeine Lebenszufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands über die letzten 25 Jahre fortlaufend angenähert hat.<sup>2</sup>

Anlässlich des 25. Jahrestags der politischen Wiedervereinigung ist es von allgemeinem Interesse, Unterschiede in den politischen Einstellungen und der politischen Beteiligung von Menschen in Ost- und Westdeutschland zu untersuchen und den Stand der Entwicklung einer einheitlichen politischen Kultur zu dokumentieren.<sup>3</sup>

Die über 40 Jahre währende Teilung des Landes hat die Regionen auch in Bezug auf die Erfahrungen im Umgang mit Demokratie unterschiedlich geprägt. Während die Menschen im Westen bereits seit 1949 Erfahrungen mit einer parlamentarischen Demokratie sammeln konnten, blieb dies den Menschen im Osten Deutschlands bis 1989 versagt. Stabile Unterschiede in der politischen Beteiligung, dem Wahlverhalten und den Einstellungen zu Staat und Politik und der eigenen Rolle im politischen System sind daher erwartbar und – wie unsere Ergebnisse zeigen – auch auszumachen.

Die folgenden Analysen, die den Zeitraum zwischen 1990 und 2014 beleuchten, beruhen auf offiziellen Wahldaten der Bundes- und Landeswahlleiter, Umfragedaten von Infratest dimap, den aktuellsten vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)<sup>4</sup> sowie der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS), die durch das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) bereitgestellt

werden.<sup>5</sup> In der folgenden Trendanalyse seit 1990 unterscheiden wir nach erwachsenen Bürgern, die zum Befragungs- oder Wahltermin in Ost- oder Westdeutschland lebten. Zu beachten ist, dass sich die offiziellen Wahldaten auf abgegebene Stimme wahlberechtigter Bürger beziehen, die Befragungsdaten hingegen auf alle in Deutschland lebenden Erwachsenen – also auch die Gruppe der nicht-wahlberechtigten Migranten berücksichtigen.<sup>6</sup>

## Die Bedeutung von Politik und Parteien

Die aktive Teilhabe am politischen Prozess setzt voraus, dass die Bürger Politik als für sich relevant erachten. Befragte des SOEP berichten im in der Regel jährlichen Rhythmus, wie stark sie sich für Politik interessieren<sup>7</sup>, ob politisches oder gesellschaftliches Engagement für sie persönlich wichtig ist<sup>8</sup> und ob sie sich einer bestimmten Partei langfristig verbunden fühlen.<sup>9</sup> Die Wiederholungsbefragung, an der derzeit über 25 000 erwachsene Personen teilnehmen, wurde 1984 in Westdeutschland etabliert und bereits im Juni 1990, also einige Monate vor der politischen Einheit, erstmalig in der damaligen DDR durchgeführt.<sup>10</sup>

<sup>5</sup> [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de); [www.infratest-dimap.de](http://www.infratest-dimap.de); Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) (2015), Daten für die Jahre 1984–2014, Version 31 beta, SOEP 2015; GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2015): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2014. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5240 Datenfile Version 2.0.

<sup>6</sup> Das SOEP erlaubt sowohl zwischen Personen zu unterscheiden, die 1989 im Westen oder im Osten Deutschlands lebten (kurz: Ost- und Westdeutsche) als auch zwischen Personen, die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt zwischen 1990 und 2014 auf dem Gebiet des ehemaligen Westdeutschlands und Westberlins lebten bzw. auf dem Gebiet Ostdeutschlands und Ostberlins (kurz: Personen in Ost- und Westdeutschland). Durch nachhaltige Wanderungsbewegungen zwischen Ost- und Westdeutschland sind beide Definitionen nicht deckungsgleich. Da im ALLBUS lediglich der Wohnort zum Befragungszeitpunkt bekannt ist, nutzen wir einheitlich die Unterscheidung von Personen in Ost- und Westdeutschland in den Analysen von Befragungsdaten. Abweichend davon ist bei den offiziellen Wahldaten die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland nur bis zur Bundestagswahl 1994 möglich, danach gibt es lediglich die Unterscheidung nach Bundesländern. Die Analyse der offiziellen Wahldaten wird demnach ohne Berlin durchgeführt, da nicht klar ist, ob das Land zu West- oder Ostdeutschland gezählt werden sollte.

<sup>7</sup> Die Frageformulierung lautet: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Die Antwortskala besteht aus den Wahlmöglichkeiten: *sehr stark*, *stark*, *nicht so stark* und *überhaupt nicht*. Für unsere Analysen unterscheiden wir lediglich zwischen hohem (sehr stark oder stark) und niedrigem Interesse (nicht so stark, überhaupt kein Interesse).

<sup>8</sup> Die Frageformulierung lautet: „Ist es für Sie persönlich wichtig, sich politisch oder gesellschaftlich einzusetzen?“ Die Skala für die Antworten ist: *sehr wichtig*, *wichtig*, *weniger wichtig* und *ganz unwichtig*. Auch diese Antworten fassen wir zu einem binären Indikator von wichtig (weniger wichtig oder ganz unwichtig) oder nicht wichtig zusammen (sehr wichtig oder wichtig).

<sup>9</sup> Die Frageformulierung lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Die Antwortmöglichkeiten sind *Ja* und *Nein*.

<sup>10</sup> Schupp, J., Wagner, G. G. (1990): Die DDR-Stichprobe des Sozio-oekonomischen Panels – Konzept und Durchführung der „Basiserhebung 1990“ in der DDR. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 2, 152–159.

<sup>2</sup> Schupp, J., Goebel, J., Kroh, M., Wagner, G. G. (2013): Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung: Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche. DIW Wochenbericht Nr. 47/2013.

<sup>3</sup> Vgl. zum Beispiel Gabriel, O. W. (Hrsg.) (1997): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen. Van Deth, J., Rattinger, H., Roller, E. (Hrsg.) (2000): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit. Opladen. Leske + Budrich. Fuchs, D., Roller, E., Wessels, B. (Hrsg.) (2002): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag. Gabriel, O. W., Falter, J. W., Rattinger, H. (Hrsg.) (2005): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden. Falter, J. W., Gabriel, O. W., Rattinger, H., Schoen, H. (Hrsg.) (2006): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München. Kroh, M. (2008): Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche sind Postmaterialisten. Wochenbericht Des DIW Berlin Nr. 34/2008.

<sup>4</sup> Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I.: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland - Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2 (2008), Nr. 4, 301–328.

## Kasten

**Odds-Ratio**

Das Odds-Ratio (auch Chancenverhältnis oder Quotenverhältnis genannt), ist eine statistische Maßzahl, die etwas über die Stärke eines Zusammenhangs von zwei Merkmalen aussagt.

Ein Beispiel soll die Berechnung des Odds-Ratios verdeutlichen. In der folgenden Tabelle sind zwei Merkmale erfasst: In den Zeilen sind die abgegebenen gültigen Stimmen für die Linkspartei und andere Parteien bei Bundestagswahl 2013 eingetragen, in den Spalten wird hingegen nach der Region (West/Ost, ohne Berlin) differenziert. Sieben Millionen Stimmen wurden im Osten Deutschlands abgegeben und 35 Millionen im Westen. Die Gesamtmenge von vier Millionen Menschen, die die Linkspartei wählen, teilt sich auf zwei Millionen im Osten und zwei Millionen im Westen auf. 38 Millionen Bundesbürger wählen etwas anderes als die Linkspartei.

Das Odds-Ratio gibt nun an, um wieviel höher (oder niedriger) die Chance ist, einen Linksparteiwähler im Westen zu treffen als im Osten.

Dazu berechnet man folgendes Verhältnis:

$$\text{Odds-Ratio} = \frac{(\text{Wählt Linkspartei} \mid \text{West}) / (\text{Wählt nicht Linkspartei} \mid \text{West})}{(\text{Wählt Linkspartei} \mid \text{Ost}) / (\text{Wählt nicht Linkspartei} \mid \text{Ost})}$$

Es werden also die Chancen (Odds) in beiden Gruppen ins Verhältnis gesetzt.

Setzt man die Zahlen aus der Tabelle ein, so ergibt sich folgender Wert:

$$\text{Odds-Ratio} = (2/33) / (2/5) = 0,15$$

Demnach ist die Chance, einen Linkspartei-Wähler anzutreffen, in Ostdeutschland fast siebenmal (Chancenverhältnis oder Odds-Ratio:  $1/0,15 = 7$ ) so hoch wie im Westen. Der Zusammenhang zwischen „Leben in Ostdeutschland“ und „Wahl der Linkspartei“ ist also sehr stark.

Tabelle

**Berechnung des Odds-Ratios**

Beispiel: Wahlverhalten in Ost und West

	Ost	West	Summe
Wählt Linkspartei	2	2	4
Wählt nicht Linkspartei	5	33	38
<b>Summe</b>	<b>7</b>	<b>35</b>	<b>42</b>

Die Zahlen geben die abgegebenen gültigen Stimmen (in Millionen) bei der Bundestagswahl 2013 an.

Quelle: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)

© DIW Berlin 2015

Odds-Ratios nehmen Werte zwischen null und unendlich an. Ein Odds-Ratio-Wert von genau eins bedeutet, dass es keinen Unterschied in den Odds zwischen beiden Gruppen gibt. Ist dieser größer als eins, so sind die Odds in der ersten Gruppe höher, ist er kleiner als eins, so sind die Odds in der ersten Gruppe kleiner. In unserem Fall ist der Odds-Ratio-Wert kleiner als eins, also ist die Chance im Osten (= der zweiten Gruppe) größer, einen Linkspartei-Wähler anzutreffen.

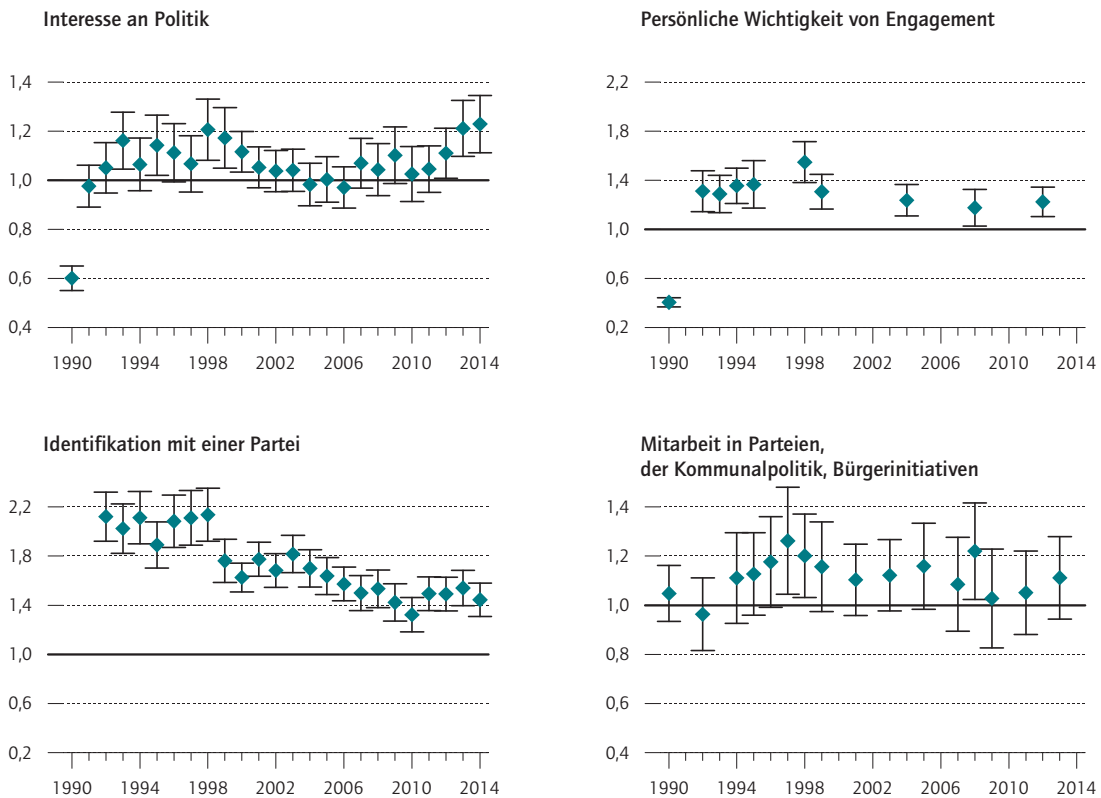
Da es sich bei den Daten, die der Berechnung der Odds-Ratios zugrundeliegen, um Befragungsdaten mit einer zufallsbasierten Stichprobenziehung handelt, sind die Schätzwerte der Odds-Ratios mit statistischer Unsicherheit behaftet. Die sogenannten Konfidenzbänder dieser statistischen Unsicherheit werden in den Abbildungen jeweils als senkrechte Linien um den Odds-Ratio-Wert dargestellt. Sie geben den Bereich an, in dem sich der Schätzwert bei einer Fehlertoleranz von fünf Prozent bewegt. Falls das Konfidenzband den Wert eins einschließt, sprechen wir von statistisch nicht signifikanten Unterschieden zwischen Ost und West.

Im Folgenden sollen Unterschiede im politischen Engagement zwischen Bürgern in Ost- und Westdeutschland untersucht werden. Dafür greifen wir auf die Darstellung von sogenannten Odds-Ratios zurück (Kasten). Dabei werden die Unterschiede in den Anteilen in einer einzigen Maßzahl zusammengefasst. Bei einem Odds-Ratio-Wert von eins entspricht der Anteil der Men-

schen im Westen dem Anteil der Menschen im Osten, die sich für Politik interessieren. Ein Odds-Ratio-Wert über eins bedeutet, dass der Anteil der politisch interessierten Personen im Westen Deutschlands höher ausfällt als im Osten; bei einem Wert unter eins liegt der Osten hinsichtlich des Anteils politisch Interessierter vorne.

Abbildung 1

### Ost-West Unterschiede in der Bedeutung von Politik Odds-Ratio



Quelle: SOEP 1990-2014 (v31beta)

© DIW Berlin 2015

Es gibt zwischen West und Ost kaum Unterschiede beim Interesse an Politik, aber große Unterschiede bei der Bindung an Parteien.

In den meisten Jahren des Zeitraums von 1990 bis 2014 unterscheidet sich der Anteil der politisch interessierten Bürger zwischen Ost und West statistisch nicht signifikant. Während im Juni 1990 das Interesse an Politik im Osten Deutschlands deutlich stärker ausgeprägt war als im Westen, finden sich einige Jahre, wie etwa die Bundestagswahljahre 1998 oder 2013, in denen das Interesse im Westen etwas stärker ausgeprägt war als im Osten. Im Jahr 2013 fiel das Anteilsverhältnis von politisch Interessierten zu wenig Interessierten beispielsweise etwa 20 Prozent höher aus als im Osten (Odds-Ratio-Wert von etwa 1,21). Bei der Frage nach politischem Interesse lässt sich kein eindeutiger Trend ablesen.

Während Unterschiede beim Anteil politisch Interessierter zwischen Ost und West sich meist im Bereich statistischer Fehlertoleranz bewegen und sich unsystematisch entwickeln, ist der Ost-West-Unterschied bei

der Frage nach der persönlichen Bedeutung von politischem und gesellschaftlichem Engagement etwas deutlicher ausgeprägt. Wiederum zeigt sich, dass zur Wendezeit politisches Engagement eine erwartungsgemäß größere persönliche Bedeutung für Ost- als für Westdeutsche hatte. Dies änderte sich in den darauf folgenden Jahren. Politisches und gesellschaftliches Engagement wurden seitdem im Westen Deutschlands als persönlich wichtiger gewertet als im Osten. Hier zeigen sich über den gesamten Beobachtungszeitraum weitgehend stabile, statistisch signifikante Unterschiede (Abbildung 1). In der Spitze, im Bundestagswahljahr 1998, war das Verhältnis 1,55 (pro West).

Die deutlichsten Ost-West-Unterschiede finden sich schließlich hinsichtlich der Frage, ob sich Personen seit langem einer bestimmten politischen Partei verbunden fühlen. Zwar waren zur Wendezeit Ostdeutsche viel-



fach mit den westdeutschen Parteien vertraut, aber sie hatten erwartbar nicht dieselbe Bindung an diese Parteien wie Westdeutsche.<sup>11</sup> Insofern überrascht es für die frühen 90er Jahre nicht, dass das Anteilsverhältnis von Personen mit Parteibindungen im Westen höher ausfällt als im Osten. Beispielsweise lag der Odds-Ratio-Wert im Jahr 1992 bei etwa zwei, was 54 Prozent langfristigen Parteianhängern (gegenüber 46 Prozent Nichtparteianhängern) im Westen und 36 Prozent Parteianhängern (gegenüber 64 Prozent Nichtparteianhängern) im Osten entspricht  $[(54/46)/(36/64)=2,09]$ . Das vergleichsweise hohe Niveau der Ost-West-Unterschiede hat sich in den folgenden Jahren reduziert. Diese Annäherung ist teilweise auch auf einen Rückgang der Parteibindung im Westen zurückzuführen. Derzeit bewegt sich das Anteilsverhältnis (Odds-Ratio-Wert) bei etwa 1,5. Dies entspricht im Jahr 2014 Anteilsunterschieden von 50 Prozent Parteianhängern im Westen und 41 Prozent im Osten.

Insgesamt sind sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland hinsichtlich ihres grundsätzlichen Interesses an Politik recht ähnlich. Bürger in Westdeutschland erachten politisches und gesellschaftliches Engagement jedoch als etwas bedeutsamer. Beide Befunde sind in den vergangenen 25 Jahren seit der politischen Einheit recht stabil ausgeprägt. Deutliche Unterschiede gab und gibt es bezüglich der Bindung der Menschen an Parteien, wobei sich die Anteile langfristiger Parteianhänger in beiden Landesteilen langsam annähern. Dieser Unterschied wird oftmals auch in Zusammenhang mit der Volatilität von Wahlergebnissen in Verbindung gebracht: Je geringer die langfristige Bindung der Menschen an die etablierten Parteien, desto eher sind sie bereit, ihre Stimme bei Wahlen unterschiedlichen Parteien zu geben oder neue politische Parteien zu unterstützen.

## Die aktive politische Teilhabe

Das Interesse an Politik, die wahrgenommene Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Engagements sowie die langfristige Bindung an eine Partei sind zwar wichtige Faktoren, die eine aktive Teilhabe am politischen Prozess begünstigen, aber sie sind erwartungsgemäß keine hinreichenden Bedingungen. Es ist daher wichtig, die tatsächliche politische Teilhabe der Menschen in Ost- und Westdeutschland näher zu beleuchten. Dazu betrachten wir im Folgenden sowohl die Teilnahme an Wahlen, die häufigste Form der politischen Beteiligung in Deutschland, zu der of-

fizielle Zahlen der Bundes- und Landeswahlleiter zur Verfügung stehen, als auch die Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen, die wir wiederum durch Befragungsdaten des SOEP ermitteln.<sup>12</sup>

Etwa zehn Prozent aller Erwachsenen eines Jahres geben an, in Parteien, in der Kommunalpolitik und/oder in Bürgerinitiativen aktiv mitzuarbeiten. Der Odds-Ratio-Wert, der den Unterschied dieses Anteils zwischen West- und Ostdeutschland ausdrückt, liegt tendenziell über eins und deutet damit darauf hin, dass der Anteil der politisch aktiven Menschen im Westen etwas höher ausfällt als im Osten (Abbildung 1, Panel 4). Jedoch bewegt sich dieser Unterschied in den meisten betrachteten Jahren im Bereich der statistischen Unsicherheit. Ein eindeutiger Trend ist in der Zeitreihe ebenfalls nicht erkennbar.

In den Befragungsdaten ergeben sich Anzeichen für leichte Disparitäten in der politischen Beteiligung zwischen den beiden deutschen Landesteilen. Wie manifestieren sich diese Unterschiede aber bei einem Maß wie der Wahlbeteiligung, das gemeinhin als zentrales Instrument der Willensartikulation in repräsentativen Demokratien von Bürgern wahrgenommen wird?

Abbildung 2 vergleicht die Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland über vier verschiedene Wahlebenen (Bundestagswahlen, Europawahlen, Landtagswahlen und Kommunalwahlen).<sup>13</sup> Zunächst wird deutlich, dass die Wahlbeteiligung in beiden Landesteilen im Zeitverlauf über alle Wahlebenen hinweg abnimmt (im Einklang mit der Entwicklung in vielen anderen entwickelten Demokratien). Bei den Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung 1998 noch bei 82,2 Prozent und ist bei der letzten Wahl 2013 bis auf 71,5 Prozent abgesunken.

Die Wahlbeteiligung in Ost und West weist fast für alle Wahlebenen deutliche Unterschiede auf. Durchgängig über alle Bundestagswahlen ist die Beteiligung in Ostdeutschland (ohne Berlin) zwischen drei und acht Prozentpunkte niedriger als im Westteil des Landes. Auch bei den anderen Wahlen besteht zwischen dem Osten

<sup>11</sup> Zur Diskussion zur Übertragung des Konzepts von Parteibindungen auf die neuen Bundesländer in den 1990er Jahren vgl. Bluck, C., Kreikenbom, H. (1991): Die Wähler in der DDR. Nur issueorientiert oder auch parteigebunden? Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22, 495–502.

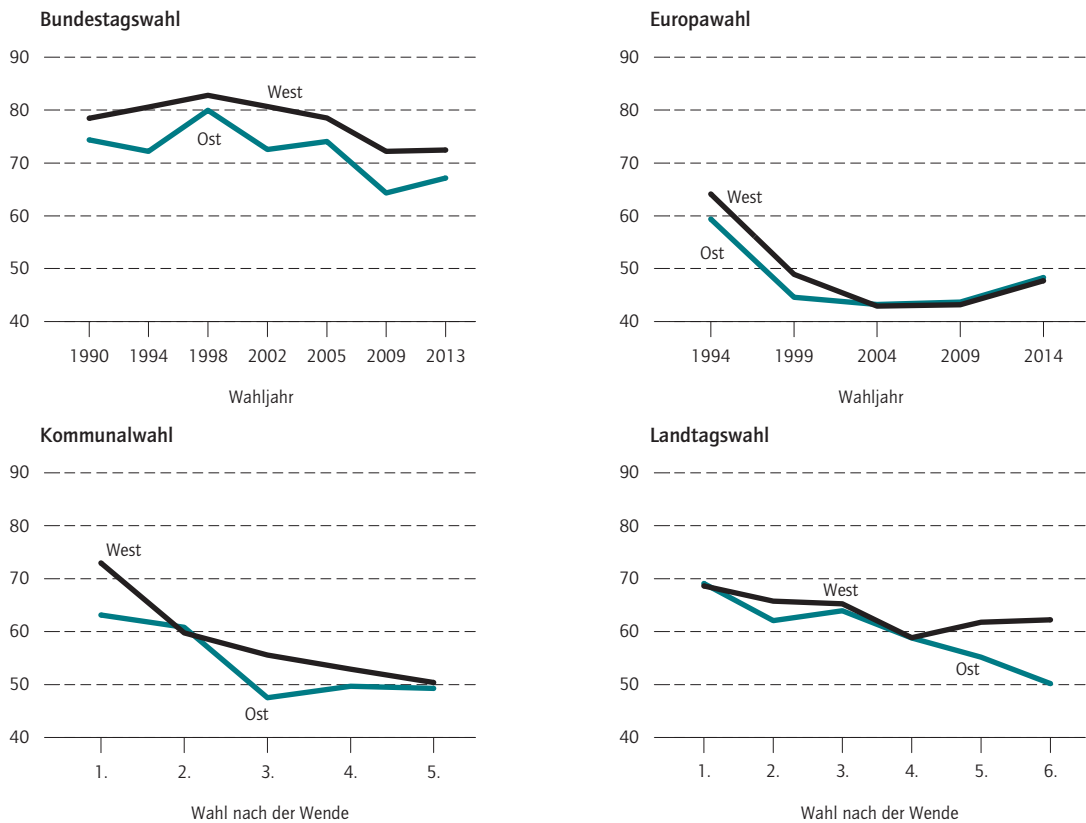
<sup>12</sup> In etwa jedem zweiten Jahr werden die Teilnehmer des SOEP nach ihrer Zeitverwendung detailliert befragt (Frageformulierung: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen“), wobei sie unter anderem berichten, ob sie *täglich*, *wöchentlich*, *monatlich*, *selten* oder *nie* Zeit für die „Beteiligung in Parteien, in der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen“ aufwenden. Wir unterscheiden zwischen Personen, die täglich, wöchentlich, monatlich oder selten aktiv mitarbeiten und solchen, die dies nie tun.

<sup>13</sup> Bei Bundestags- und Europawahlen ist die Darstellung über die Zeit unproblematisch, da die Wahlen in Ost und West gleichzeitig stattfinden. Bei den Landtags- und Kommunalwahlen ist die zeitliche Abfolge nicht so einfach darstellbar, da landesspezifische Wahlperioden und Wahltermine eine Darstellung komplexer werden lassen. Wir haben uns entschieden, die Wahlen hier nach den Wahlperioden anzuordnen (unabhängig von den spezifischen Wahljahren).

Abbildung 2

**Wahlbeteiligungen**

In Prozent



Quelle: Jeweilige Landeswahlleiter.

© DIW Berlin 2015

Vor allem bei der Bundestagswahl zeigt sich die Lücke in der Wahlbeteiligung.

und dem Westen eine Diskrepanz, allerdings sind die Unterschiede nicht immer so deutlich. Dies überrascht insofern, als es sich in der Wahrnehmung bei der Bundestagswahl um die wichtigste deutsche Wahl handelt. Bei der Europawahl lag die Beteiligung im Osten nur in den 90er Jahren unterhalb der des Westens, ab 2004 ist sie in beiden Landesteilen auf Werte unter 50 Prozent gesunken. Bei den Landtagswahlen war das Bild bei den ersten vier Wahlperioden nach 1990 gemischt, erst in den letzten Jahren ist auch hier die Schere bei der Wahlbeteiligung deutlich auseinander gegangen (in der Spitze liegt die Lücke bei zwölf Prozentpunkten). Besorgniserregend sind bei den Landtagswahlen die historisch niedrigen Beteiligungsquoten in Sachsen (49,1 Prozent im Jahr 2014), Brandenburg (47,9 Prozent im Jahr 2014) oder Sachsen-Anhalt (44,4 Prozent im Jahr 2006).

Aus der vorhergehenden Analyse ließ sich kein eindeutiger Trend für die Unterschiede bei der Wahlbeteiligung in Ost und West ableiten. Die Diskrepanz bei der Bundestagswahl ist stabil über die Zeit, bei den Europawahlen und Kommunalwahlen sind die Ergebnisse gemischt, und nur bei der Landtagswahl zeichnet sich eine Tendenz über die Zeit ab – hier geht die Schere zwischen Ost und West in den letzten Jahren deutlich auseinander.

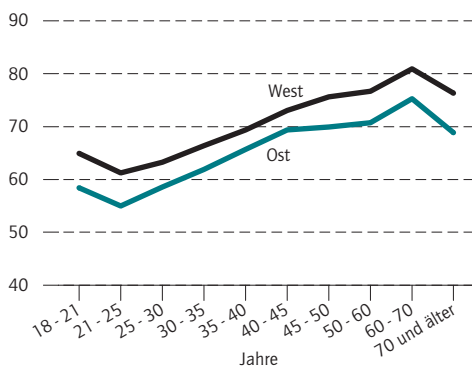
Um für die zukünftige Entwicklung der Wahlbeteiligung eine Aussage treffen zu können, lohnt sich ein Blick auf die Wahlbeteiligung über verschiedene Altersgruppen (Abbildung 3). Hierfür nutzen wir die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahl 2013. Über alle Alterskohorten hinweg lag die Wahlbeteiligung im Osten bei 67,2 und im Westen bei 72,4 Prozent. Die Abbildung verdeutlicht, dass sich die Diskre-



Abbildung 3

### Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 nach Altersgruppen

In Prozent



Quelle: Repräsentative Wahlstatistik.

© DIW Berlin 2015

Die Ost-West-Differenz bei der Wahlbeteiligung zieht sich durch alle Altersgruppen.

panz in der Wahlbeteiligung über alle Alterskohorten zeigt. Tatsächlich sind die Unterschiede bei den Ältesten (über 70 Jahre) und bei den Jüngsten (18 bis 21 Jahre) mit respektive 7,4 beziehungsweise 6,5 Prozentpunkten relativ am deutlichsten. Angesichts dieser Eindeutigkeit über alle Altersgruppen hinweg lässt sich auch für zukünftige Bundestagswahlen auf absehbare Zeit noch keine Angleichung bei der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West erwarten.

Seit etwa Mitte der 90er Jahre wurden in vielen Bundesländern direktdemokratische Formen der Mitbestimmung eingeführt. Zusätzlich zu Wahlen stehen diese den Bürgern inzwischen in allen Bundesländern als weitere Form der politischen Äußerung zur Verfügung. Auch die Zahl der tatsächlich durchgeführten Bürgerbegehren lässt auf Unterschiede in der politischen Beteiligungskultur schließen. Seit 1990 wurden deutschlandweit über 5 000 solcher Bürgerbegehren gestartet (5 189 bis 2011).<sup>14</sup> In den ostdeutschen Ländern wurden lediglich 741 direkt-demokratische Maßnahmen eingeleitet (etwa 4,5 Initiativen auf 100 000 Einwohner), während im Westen immerhin 4 448 Bürgerbegehren angestoßen wurden (6,7 Initiativen auf 100 000 Einwohner).<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Berechnet auf der Grundlage von Daten von Mehr Demokratie e.V. Ein Bürgerbegehren taucht in den Daten auf, sobald zumindest der Prozess der Unterschriftensammlung angelaufen ist. Ob das Bürgerbegehren im Endeffekt auch zu einem Bürgerentscheid führt, wird nicht berücksichtigt.

<sup>15</sup> Diese Zahlen beziehen sich auf die kommunale Ebene und beinhalten auch sogenannte Ratsreferenden, die vom Gemeinderat ausgehen. Volksbegehren auf Landesebene sind hingegen nicht mitgezählt.

Auch bei diesen Maßzahlen zeigt sich die Diskrepanz der politischen Beteiligung zwischen Ost und West, wobei zu beachten ist, dass die Hürden der Einleitung<sup>16</sup> von Bürgerinitiativen durch Quoren und ähnliches in den Bundesländern im Untersuchungszeitraum unterschiedlich hoch waren und tendenziell im Osten höher als im Westen Deutschlands.

Zusammenfassend zeigen sich Ost-West-Unterschiede in der Beteiligung an Bundestagswahlen und zunehmend auch an Landtagswahlen sowie bei der Zahl an gestarteten Bürgerbegehren. Neben diesen stärker institutionalisierten Formen der Beteiligung fällt der Ost-West-Unterschied beim oftmals lokal-organisierten Engagement in Parteien, in der Kommunalpolitik und in Bürgerinitiativen deutlich geringer aus. Zur Frage, inwieweit sich ein Ost-West-Unterschied in unkonventionellen Formen der Beteiligung wie beispielsweise der politischen Protestbereitschaft entwickelt hat, fehlen langfristige Befragungsdaten.<sup>17</sup>

### Die Linke – Volkspartei im Osten und Randerscheinung im Westen

Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung sind umso bedeutsamer, je mehr sich die politischen Präferenzen von Menschen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Insbesondere die Stärke der Partei Die Linke (ehemals PDS)<sup>18</sup> veranschaulicht die Unterschiede in den politischen Vorstellungen.

In Abbildung 4 zeigen wir die Ergebnisse der Sonntagsfrage von Infratest/Dimap, die Bundestagsergebnisse zu den jeweiligen Zeitpunkten und die Informationen zur Parteiidentifikation aus dem SOEP.<sup>19</sup> Aus allen drei

<sup>16</sup> Um dem Missbrauch von Initiativen durch Minderheiten vorzubeugen, hat der Gesetzgeber institutionelle Hürden geschaffen, die das Starten einer Initiative erschweren. So gibt es in allen Ländern klassische Unterschriftensammlungen. Ebenso genutzt werden Abstimmungs- oder Zustimmungsquoren. Manche Länder nutzen auch Positiv- oder Negativkataloge mit Themen, die für ein Bürgerbegehren zulässig/nicht zulässig sind. Die genauen Regelungen variieren zwischen den Ländern und sind in den jeweiligen Gemeindeordnungen oder Kommunalverfassungen niedergelegt.

<sup>17</sup> Aktuelle Daten des European Social Survey von 2012 und des ALLBUS 2014 deuten auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Ost und West hin oder sogar darauf, dass nach eigenen Angaben die Befragten in Ostdeutschland häufiger als die in Westdeutschland an Demonstrationen teilnehmen.

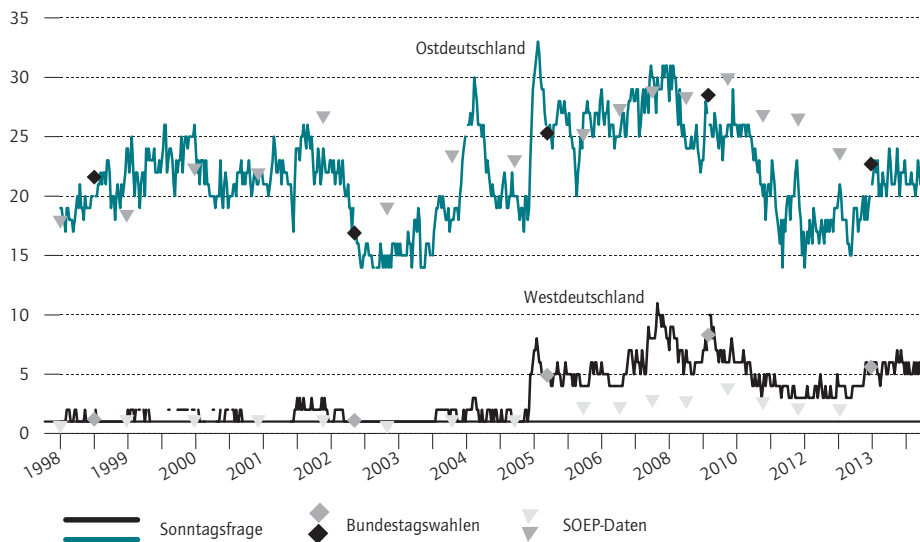
<sup>18</sup> Die Partei „Die Linke“ gründete sich im Juni 2007 durch eine Verschmelzung der WASG (eine gewerkschaftsnahe Partei, die vor allem im Westen aktiv war) und der PDS (die SED-Nachfolgepartei, die vor allem im Osten hohe Wahlergebnisse einfuhr, jedoch auch im Westen antrat). In der nachfolgenden Analyse schreiben wir aus Gründen der Einfachheit immer „Die Linke“ oder „Linkspartei“, auch wenn wir in den Jahren vor 2007 oft die PDS damit meinen.

<sup>19</sup> Die Fragestellung im SOEP ist zweigeteilt. Zunächst wird erfragt, ob die Befragten allgemein einer Partei in Deutschland zugeneigt sind (Abbildung 1). Erst im zweiten Schritt beantworten die Teilnehmer, welcher speziellen Partei sie zuneigen. Wir berechnen den Anteil derjenigen mit einer Parteipräferenz für die Linkspartei an den Befragten, die allgemein eine langfristige Parteibindung angeben (Abbildung 4).

Abbildung 4

**Umfrage- und Wahlergebnisse der Partei Die Linke (bis 2007 PDS)**

In Prozent



Quellen: Infratest/Dimap; Bundeswahlleiter; SOEP (1998-2014, v31beta).

© DIW Berlin 2015

**Die Linke ist im Osten eine Volkspartei.**

Quellen ergibt sich ein einheitliches Bild zur Stärke der Partei Die Linke in Ost und West.<sup>20</sup>

Bei der Sonntagsfrage variierte die Linkspartei im Osten Deutschlands zwischen 14 Prozent im Jahr 2003 und 32 Prozent 2005. Der Absturz um 2002 fällt zeitlich mit dem Rücktritt Gregor Gysis als Wirtschaftsminister der Berliner Landesregierung zusammen. Von Juni 2004 bis Mitte 2005 erfolgte dann ein rapider Wiederaufstieg in zwei Schüben, der einerseits eng mit der Agenda 2010 der SPD, den Protesten breiter Teile der Gewerkschaften sowie der Linkspartei gegen diese Reformen und andererseits der politischen Fusion zwischen der PDS und der westdeutschen WASG (und mit der Person Oskar Lafontaine) zusammenhängt. Im Wesentlichen bewegt sich die Zeitreihe hier zwischen 20 und 25 Prozent. Die Partei Die Linke ist damit im Osten Volkspartei.

Im Westen Deutschlands blieb die Linkspartei hingegen bis Mitte 2005 immer deutlich unter fünf Prozent. Mit der Ankündigung einer Zusammenarbeit zwischen PDS und der WASG im Frühjahr 2005 gab es einen

deutlichen Anstieg in den Umfragewerten, in der Spitze (um die Zeit der Finanzkrise 2008) bis zu elf Prozent. Allgemein bewegt sich die Zustimmung im Westen aber eher um die Fünf-Prozent-Grenze; die Linkspartei bleibt hier eine Randerscheinung.

Abbildung 5 visualisiert regional differenziert die Wahlergebnisse der früheren PDS und späteren Linkspartei über die verschiedenen Wahlleben in den 16 Ländern. Dargestellt werden jeweils die letzten aktuellen Wahlen in den jeweiligen Ländern und der Vergleich zu früheren Wahlen in Klammern. Durch die Abbildung wird deutlich, dass die Partei Die Linke im Osten flächendeckend starke Ergebnisse auf allen Wahlleben verzeichnet. Die Variation ist hierbei zumeist gering (mit einzelnen Ausnahmen bei Landtags- und Kommunalwahlen).<sup>21</sup> Der Erfolg der Linken in den östlichen Bundesländern wird auch durch zahlreiche Regierungseteiligungen deutlich. In Thüringen regiert mit Bodo Ramelow seit 2014 zudem der erste Ministerpräsident der Linkspartei.

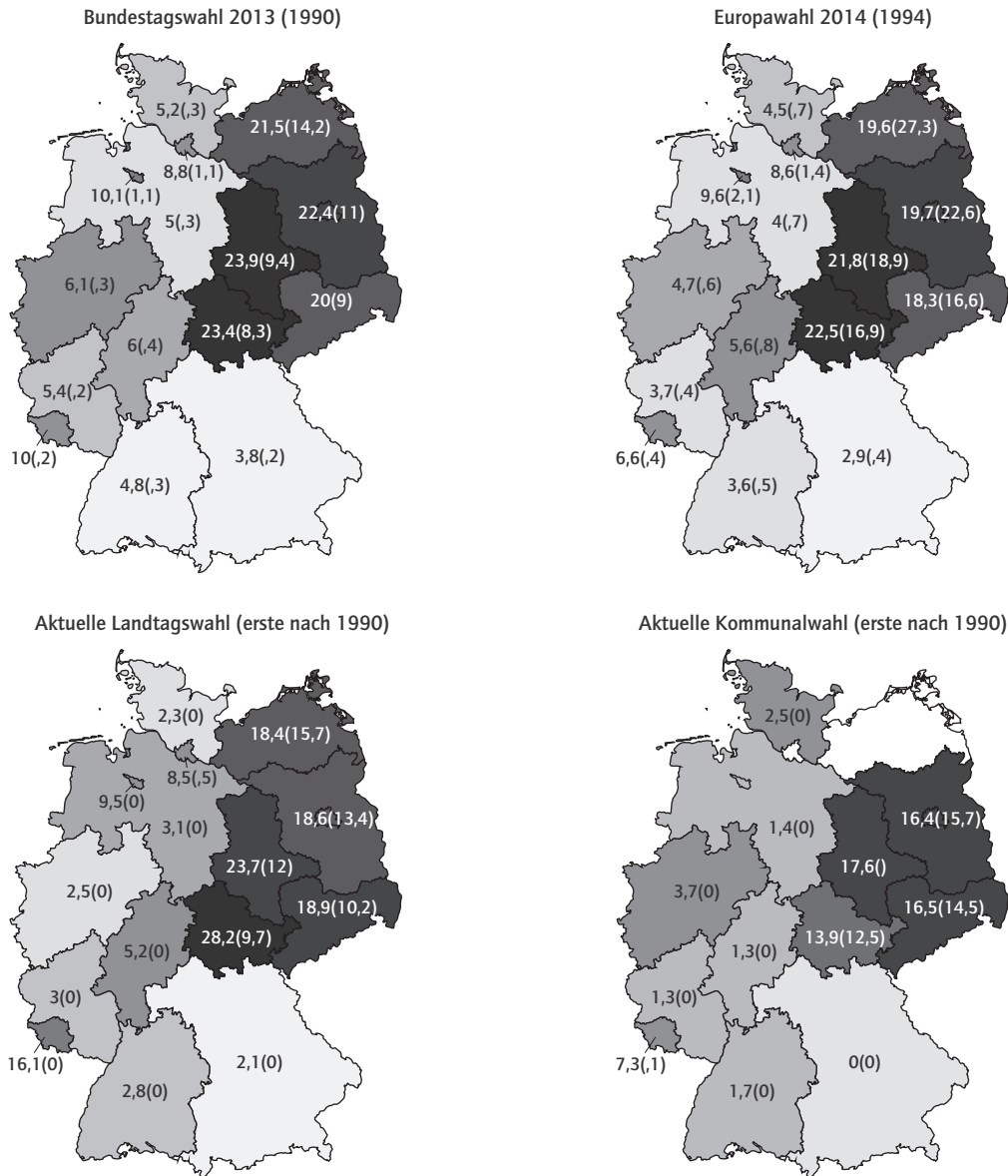
<sup>20</sup> Kroh, M., Siedler, T. (2008): Die Anhänger der Linken: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 41/2008.

<sup>21</sup> Für Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg waren aggregierte Kommunalwahlergebnisse nicht verfügbar. Aus diesem Grund sind diese Länder leicht grau eingefärbt.

Abbildung 5

### Stimmenanteil der Linkspartei nach Wahlen und Ländern

In Prozent



Quelle: Jeweilige Landeswahlleiter.

© DIW Berlin 2015

Auf allen Wahlebenen gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West.

Im Westen findet die Partei der Linken, wie bereits angedeutet, wesentlich weniger Zustimmung. Zudem gibt es auch deutliche regionale Disparitäten. Die stärkste Basis hat die Linkspartei im Saarland und in Bremen. Aber auch in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen erreicht die Partei hohe Werte.

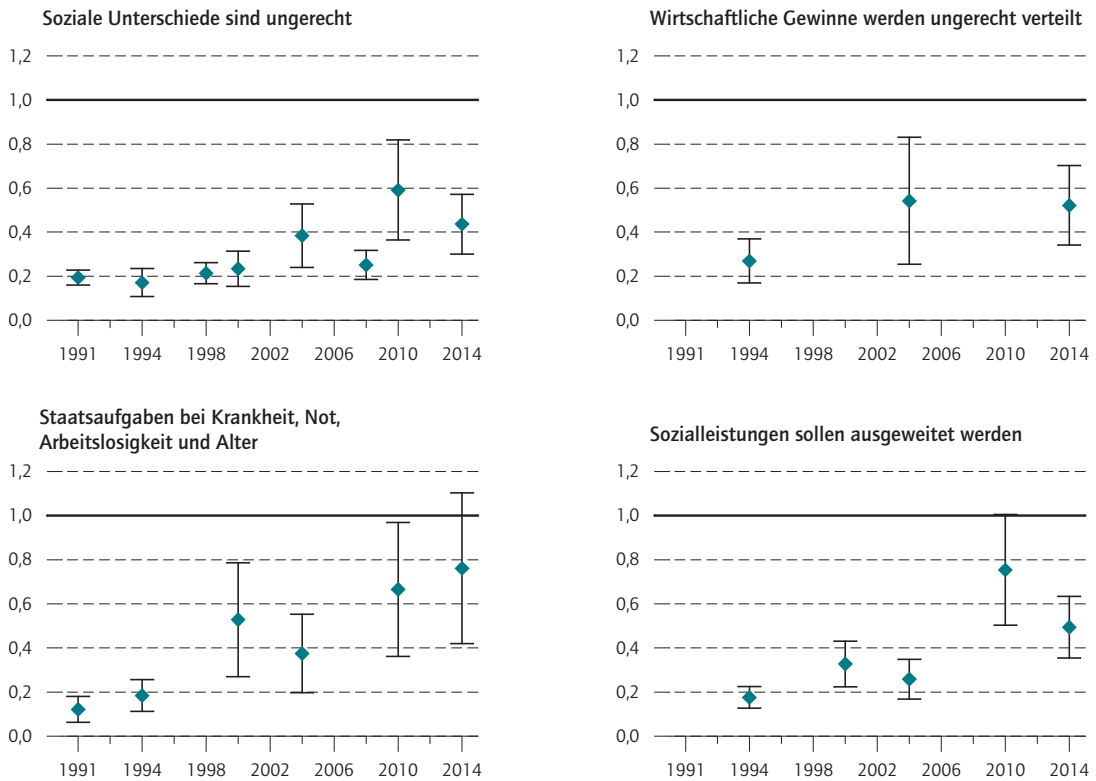
### Annäherung bei Einstellungen zum Sozialstaat

Die Erfolge der Linken in Ostdeutschland werden zum einen oftmals auf die Wahrnehmung der Partei als Vertretung ostdeutscher Regionalinteressen zurückgeführt,

Abbildung 6

### Ost-West-Unterschiede bei Einstellungen zum Sozialstaat

Odds-Ratio West zu Ost



Quelle: Allbus (1991-2014).

© DIW Berlin 2015

In Ostdeutschland wird soziale Ungleichheit kritischer bewertet.

zum anderen auf eine stärkere politisch linke Ausrichtung der Menschen in Ostdeutschland. Tatsächlich zeigt eine Reihe früherer Studien, dass in Ostdeutschland Fragen von Gleichheit und Umverteilung stärker betont werden als in Westdeutschland.<sup>22</sup>

Im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurden seit 1991 wiederholt die folgenden vier Fragen gestellt:

- „Finden Sie die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen ungerecht?“
- „Werden die wirtschaftlichen Gewinne heute in Deutschland im Großen und Ganzen ungerecht verteilt?“
- „Muss der Staat dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat?“
- „Sollten die Sozialleistungen in Zukunft ausgeweitet werden?“

<sup>22</sup> Roller, E. (1996): Kürzungen von Sozialleistungen aus der Sicht der Bundesbürger. Zeitschrift für Sozialreform, 42, 777-788. Wegener, B., Liebig, S. (2000): Is the 'Inner Wall' Here to Stay? Justice Ideologies in Unified Germany. Social Justice Research, 13, 177-197. Svallfors, S. (2010): Policy Feedback, Generational Replacement, and Attitudes to State Intervention: Eastern and Western Germany, 1990-2006. European Political Science Review, 2, 119-135. Roller, E.: Sozialstaatsvorstellungen im Wandel? Stabilität, Anpassungsprozesse und Anspruchszunahme zwischen 1976 und 2010. In: Roßteutscher, S., Faas, T., Rosar, U. (Hrsg.): Bürger und Wähler im Wandel der Zeit. 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Etwa 66 Prozent aller Befragten betrachten die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen als ungerecht (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), 79 Prozent halten die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne für ungerecht (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), 88 Pro-

zent sehen den Staat im Fall von Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter in der Verantwortung (stimme eher/voll zu gegenüber stimme eher nicht/gar nicht zu), und schließlich plädieren 32 Prozent für die Ausweitung der Sozialleistungen (gegenüber der Kürzung der Sozialleistungen oder eines Beibehaltens des Status quo).

Wir stellen in Abbildung 6 die Unterschiede zwischen den Einstellungen zum Sozialstaat in West- und Ostdeutschland anhand von Odds-Ratio-Werten dar. Unter den ostdeutschen Befragten liegt der Anteil der Personen, die Ungerechtigkeiten wahrnehmen und für einen extensiven Sozialstaat plädieren, über dem Niveau in Westdeutschland. (Die Odds-Ratio-Werte sind durchweg kleiner als eins.)

In den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung lag der Odds-Ratio-Wert relativ stabil bei sehr niedrigen 0,2. Dies entspricht etwa 85 Prozent der ostdeutschen Befragten, die Ungerechtigkeiten wahrnehmen gegenüber etwa 55 Prozent in Westdeutschland  $[(55/45)/(85/15)=0,22]$ . Nach dem Jahr 2000 fand jedoch eine langsame Angleichung der Ansichten der Menschen in Ost- und Westdeutschland zum Thema Gerechtigkeit und sozialer Unterschiede statt, sodass der Odds-Ratio-Wert bis auf circa 0,45 im Jahr 2014 anstieg. Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich der Frage, ob wirtschaftliche Gewinne ungerecht verteilt sind. Trotz des langsamen Anstiegs ist der Unterschied immer noch deutlich und statistisch signifikant verschieden von eins. Das zeigt, dass Ost und West auch 25 Jahre nach der Einheit immer noch unterschiedliche Gerechtigkeitswahrnehmungen haben.

Die Odds-Ratio-Werte zur Frage, ob der Staat bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter für ein Auskommen sorgen muss, sind zunächst deutlich kleiner als eins. Die Unterschiede zwischen Ost und West nehmen jedoch über die Zeit deutlich ab. Anfang der 2000er Jahre liegt der Odds-Ratio-Wert bereits bei 0,5. Im Jahr 2014 ist das Verhältnis nicht mehr signifikant verschieden von eins. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine deutliche Angleichung der Präferenzen stattgefunden hat und sowohl West- als auch Ostdeutsche inzwischen ähnliche Ansichten zu den Staatsaufgaben haben. Anzumerken ist, dass es im gesamten Untersuchungszeitraum einen weitgehenden Konsens bezüglich der Verantwortung des Staates bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und Alter gab: 1991 sahen darin fast 99 Prozent der Ostdeutschen den Staat in der Pflicht gegenüber 91 Prozent der Westdeutschen, 2014 sind es 91 Prozent zu 88 Prozent im Westen. Schließlich haben sich auch die Anteile derjenigen eher angeglichen, die für eine Ausweitung der Sozialleistungen plädieren, wobei dieser Anteil nach wie vor in Ostdeutschland höher ausfällt als in den westlichen Bundesländern.

Bei den Einstellungen zum Sozialstaat zeigten sich insgesamt die deutlichsten Unterschiede zwischen Ost und West, aber auch die größte Angleichung in der politischen Kultur – im Unterschied zum politischen Engagement und zur Beteiligung an Wahlen.

## Fazit

Auch wenn mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Bundespräsidenten Joachim Gauck gleich zwei Ostdeutsche die politischen Spitzenämter Deutschlands innehaben, ist die politische Einheit keineswegs in den Einstellungen der Bürger zur Politik und der Beteiligung am politischen Prozess vollzogen.

Beim allgemeinen Politikinteresse und der aktiven Teilnahme am lokalen politischen Geschehen (Mitarbeit in Parteien, in der Kommunalpolitik und bei Bürgerinitiativen) sind die Differenzen oftmals gering und statistisch nicht nachweisbar. Im Osten und Westen Deutschlands sind die Menschen in sehr ähnlichem Umfang engagiert.

Disparitäten gibt es hingegen bei der Parteibindung und der Wahlbeteiligung. Obwohl die Bevölkerung in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung durchaus mit dem Parteiensystem des Westens vertraut war, ist die Bindung an spezielle Parteien im Osten bis heute deutlich schwächer ausgeprägt. Hier zeigt sich jedoch eine langsame Annäherung zwischen Menschen in Ost- und Westdeutschland. In der Generation derjenigen, die zur Zeit der Wende noch Kinder und Jugendliche waren, gibt es heute kaum noch Unterschiede in der Bereitschaft, Parteien langfristig verbunden zu sein.<sup>23</sup> Bei der Wahlbeteiligung zeigt sich hingegen speziell bei der Bundestagswahl eine alarmierende Diskrepanz – konstant seit vielen Jahren und über alle Altersgruppen hinweg. Noch deutlicher ist dieser Trend bei der Beteiligung an Landtagswahlen, wo im Osten in den letzten Jahren vielfach die 50-Prozent-Marke unterschritten wurde.

Klare Unterschiede in den politischen Präferenzen zwischen Ost und West lassen sich (neben der Unterstützung der Linkspartei im Osten) in den Einstellungen zum Sozialstaat ausmachen: Die Menschen in Ostdeutschland wünschen sich eine stärkere Fürsorge des Staates zur Absicherung in sozialen Notlagen und da-

<sup>23</sup> Im Rahmen der Analysen zu diesem Wochenbericht wurden alle Ost-West-Unterschiede zusätzlich für Personen berechnet, die nach 1975 geboren wurden, also zur Wendezeit Kinder oder Jugendliche waren. Die Muster der Ost-West-Unterschiede bei dieser Generation, die im vereinigten Deutschland aufgewachsen ist, decken sich zumeist mit denen der gesamten Bevölkerung. Eine Ausnahme bildet der geringere Ost-West-Unterschied bei der langfristigen Bindung an Parteien. Vgl. auch Kroh, M., Schoen, H. (2010): Politisches Engagement. In: Krause, P., Ostner, I. (Hrsg): Leben in Ost- und Westdeutschland: Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Campus.

mit verbunden eine Ausweitung der Sozialleistungen. Zudem werden die Verteilung der wirtschaftlichen Gewinne und die soziale Ungleichheit hier als deutlich ungerechter empfunden als im Westen. Es ist jedoch

durchaus bemerkenswert, dass sich nach 2002 in den Einstellungen zum Sozialstaat – trotz weiterhin bestehender Unterschiede – langsam eine Annäherung zwischen Ost und West vollzieht.

**Felix Arnold** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin | [farnold@diw.de](mailto:farnold@diw.de)

**Ronny Freier** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin und Juniorprofessor für Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin | [rfreier@diw.de](mailto:rfreier@diw.de)

**Martin Kroh** ist Stellvertretender Leiter im Sozio-oekonomischen Panel am DIW Berlin | [mkroh@diw.de](mailto:mkroh@diw.de)

---

### POLITICAL CULTURE STILL DIVIDED 25 YEARS AFTER REUNIFICATION?

---

**Abstract:** In 1990, during reunification, West German democratic institutions and the existing political party system were expanded to the East German states. Even after 25 years, the people of eastern and western Germany still differ in their political engagement and attitudes.

However, these differences do not apply across the board by any means. A detailed analysis of survey data from the Socio-Economic Panel (SOEP) study shows that differences both in terms of general interest and active participation in politics cannot be identified statistically in many years. By contrast, there are considerable differences between eastern and western Germany in terms of party attachments and actual turnout in national and state elections.

The gap in turnout at national elections is not only evident over the years but is also clearly recognizable across all age groups.

There are also still distinct differences in the political party systems of eastern and western Germany. In particular, the Left (Die Linke) plays a major role in eastern Germany but despite some electoral successes in some state parliaments, this party has not been able to establish itself to the same extent in the former West German states. What is more, according to our data, individuals' attitudes to the welfare state in the two parts of the country, which differed significantly at the beginning of the 1990s, have certainly converged since.

JEL: D63, D72, D74

**Keywords:** Reunification, political participation and attitudes, turnout





Prof. Dr. Martin Kroh, Stellvertretender Leiter, Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

## SECHS FRAGEN AN MARTIN KROH

# »Gemeinsamkeiten beim politischen Interesse und große Unterschiede in der Wahlbeteiligung«

1. Herr Kroh, am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Haben sich die unterschiedlichen politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile angeglichen? Die Frage kann man nicht wirklich mit ja oder nein beantworten. Es kommt sehr auf den Bereich an, den man sich anschaut.
2. Wie unterscheidet sich das Verhältnis zu den politischen Parteien in Ost- und Westdeutschland? Die erwartbare geringere Bindung an die Parteien in Ostdeutschland hat sich in den letzten 25 Jahren dem Westniveau angenähert. Insofern gab es hier eine Annäherung. Dazu muss man aber sagen, dass sich nicht nur die Ostdeutschen an die Westdeutschen angeglichen haben. In diesem Fall ist es auch umgekehrt so, dass die Bindungen an die Parteien in den letzten 25 Jahren auch in Westdeutschland nachgelassen haben. Gleichzeitig haben sie im Osten etwas zugenommen, was zu einer Abnahme der Differenz geführt hat.
3. Welche Unterschiede gibt es bei der Wahlbeteiligung in Ost- und Westdeutschland? Die geringen Parteibindungen werden häufig als Erklärung genutzt zur Interpretation von höherer Wechselbereitschaft oder der Bereitschaft, neue Parteien in stärkerem Maße zu unterstützen. Schaut man sich die Wahlbeteiligung isoliert an, waren die Unterschiede je nach Wahlebene jedoch teilweise nicht so groß. Das gilt zumindest für die Kommunal- und Europawahlen und lange Zeit auch für die Landtagswahlen. Vor allem bei den Landtagswahlen ist die Schere in den letzten Jahren jedoch auseinandergegangen, und bekannt sind ja auch die geringe Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent zuletzt in den Landtagswahlen in Sachsen oder Brandenburg. Bei den Bundestagswahlen ist eine insgesamt relativ stabile Differenz von einigen Prozentpunkten zwischen Ost und West über alle Wahlen hinweg zu beobachten.
4. Wo finden sich mehr politisch aktive Menschen? Unsere Befragungsdaten reichen bis 1990 und teilweise sogar bis in die Zeit vor der Wiedervereinigung zurück. Dabei sieht man, dass die Ostdeutschen in allen Bereichen politisch aktiver waren als die damaligen Westdeutschen.

Das war zur Wendezeit auch zu erwarten. Beim politischen Interesse hingegen gibt es seither kaum Differenzen. Also scheint die grundsätzliche Bereitschaft, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, recht ähnlich ausgeprägt zu sein. Auch die Beteiligung in Bürgerinitiativen und auf der lokalpolitischen Ebene ist recht ähnlich in Ost und West. Man kann also nicht pauschal sagen, dass die Menschen im einen oder anderen Teil des Landes politisch aktiver oder inaktiver sind, es kommt auch darauf an, welche Form der Beteiligung man sich anschaut. Zum Beispiel ist die Wahlbeteiligung in Ostdeutschland etwas schwächer ausgeprägt, es gibt aber auch Indizien, dass zum Beispiel die Demonstrationsbereitschaft im Osten etwas höher ist als im Westen.

5. Inwieweit unterscheiden sich die grundlegenden Einstellungen zum politischen System und dem Sozialstaat? Wir haben uns in unserem Bericht auf die Einstellung zum Sozialstaat fokussiert. Anfang der 1990er Jahre war in Ostdeutschland die Vorstellung verbreitet, dass der Sozialstaat für viel mehr Bereiche zuständig sei, als das im Westen der Fall ist, und soziale Ungleichheiten wurden deutlich ungerechter wahrgenommen als im Westen. Hier haben sich in den letzten Jahren Ost- und Westdeutschland aufeinander zubewegt. Dass die Gesellschaft als ungerechter wahrgenommen wird, hat im Westen zugenommen und ist im Osten etwas zurückgegangen. Das heißt, beide Landesteile haben sich angeglichen.
6. Gelten die genannten Unterschiede auch für die jüngere Generation, die in das vereinte Deutschland hineinwuchs oder bereits in ihm geboren wurde? Viele der Unterschiede treffen auch auf diese jüngere Generation zu, von der man erwarten sollte, dass sie im Grunde genommen nicht zu Zeiten der DDR oder der alten Bundesrepublik sozialisiert wurde. Eine Ausnahme bildet die zuvor genannte Parteibindung. Da gibt es bei der jungen Generation keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



# Die „Verzinsung“ von Rentenbeiträgen: Trends und Reformwirkung für die Geburtsjahrgänge 1935–1945

Von Holger Lüthen

Obwohl die Rentenversicherung ein Versicherungsprodukt ist und die „Verzinsung“<sup>1</sup> der eingezahlten Beiträge streng genommen nicht mit der Verzinsung eines Sparguthabens oder einer Geldanlage zu vergleichen ist, kann eine Berechnung der Verzinsung der Rentenbeiträge durchaus aufschlussreiche Informationen über den gegenwärtigen Stand und die Zukunft des Rentenversicherungssystems geben – auch wenn die berechneten Zahlen keineswegs unmittelbar handlungsleitend sein können. Dieser Wochenbericht zeigt die Verzinsung für die Jahrgänge 1935–1945 auf Basis realer Erwerbsbiografien. Damit können – anders als in den meisten bisherigen Studien – sowohl Unterschiede in den individuellen Lebensverläufen berücksichtigt als auch Vergleiche zwischen bestimmten Untergruppen von Versicherten durchgeführt werden. Für die Jahrgänge ab 1937 greift zudem die große Rentenreform ab dem Jahr 1992, die Abschlüsse auf einen vorzeitigen Renteneintritt eingeführt hat. Die Messmethode des Internen Zinsfußes (IZF) ergibt, dass die reale Verzinsung für Altersrenten über die beobachteten Jahrgänge bei Männern von 2,4 auf 1,2 Prozent beziehungsweise bei Frauen von 5,2 auf 3,7 Prozent sinkt. Für Erwerbsminderungsrentner ergibt sich kein deutlicher Trend und die Verzinsung liegt bei circa fünf Prozent (Frauen) und drei Prozent (Männer). Dies illustriert, dass die Altersrenten für ältere Jahrgänge großzügiger ausfallen als für jüngere. Dennoch liegen auch die Werte jüngerer Kohorten über der derzeitigen Verzinsung sicherer Kapitalanlagen. Eine kontrafaktische Analyse zeigt, dass der Großteil dieser Differenz durch gestiegene Rentenbeiträge und nicht durch die Reform des Rentenzugangs verursacht wird.

In Deutschland gilt bei der gesetzlichen Rentenversicherung das Äquivalenzprinzip, was bedeutet, dass die Rentenversicherungsbeiträge eng mit der später ausbezahlten Rente verknüpft sind.<sup>2</sup> Die Verzinsung der Beiträge kann somit als Indikator für die Leistungsfähigkeit des Systems interpretiert werden. Ein solcher Indikator ist erstens für Vergleiche mit dem Kapitalmarkt interessant – zum Beispiel mit Bundesanleihen, selbst wenn diese keinerlei Versicherungsfunktion haben und die Versicherungsfunktion durchaus auch als alleinige Daseinseinberechtigung der Rentenversicherung gesehen werden kann.<sup>3</sup> Zweitens beeinflusst die Verzinsung auch die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Rentenversicherungssystem im Allgemeinen. Mit sinkender Verzinsung ist mit sinkender Akzeptanz zu rechnen: Zum einen sinken freiwillige Beiträge, und zum anderen mehrnen sich die Versuche, verpflichtenden Rentenbeiträgen auszuweichen.<sup>4</sup> Ein aktuelles Beispiel hierfür könnten die freiwilligen Rentenbeiträge bei einem Minijob sein. Wenn die betroffenen Personen – sofern sie mit den Zusammenhängen vertraut sind – das Gefühl haben, dass sich Beiträge zur Rentenversicherung „nicht lohnen“, dann wählen sie die Versicherungsfreiheit anstatt der Zahlung vollständiger Beiträge. Solche Entwicklungen können auch die Gefahr einer Altersarmut erhöhen, wenn beispielsweise auf Grund solcher Entscheidungen nur geringe Beiträge im Lebensverlauf geleistet werden. Von daher ist es wissenswert, die Verzinsung sowohl für gesamte Jahrgänge als auch für bestimmte Gruppen innerhalb dieser Jahrgänge möglichst exakt abzuschätzen. Natürlich muss an dieser Stelle betont werden,

<sup>2</sup> Dieser Wochenbericht basiert auf folgender Studie: Lüthen, H. (2015): Rates of Return and Early Retirement Disincentives: Evidence from a German Pension Reform, *German Economic Review*. doi: 10.1111/geer.12070.

<sup>3</sup> Für weitere Details Sektion „Die Rentenversicherung im Vergleich“.

<sup>4</sup> Siehe Börsch-Supan, A., Reil-Held, A. (2001): How Much is Transfer and How Much is Insurance in a Pay-as-you-go System? The German Case. *The Scandinavian Journal of Economics*, 103 (3), 505–524; Schnabel, R. (1998): Rates of Return of the German Pay-As-You-Go Pension System. *FinanzArchiv*, 55, 374–399.

<sup>1</sup> Auf die Anführungszeichen wird im Folgenden verzichtet.

Kasten

## Rentenarten, Datensatz, Interner Zinsfuß

### 1. Rentenarten

Den betrachteten Jahrgängen standen fünf verschiedene Altersrentenarten zur Verfügung: die reguläre Altersrente, die Altersrente nach Arbeitslosigkeit, die Altersrente für Schwerbehinderte, die Altersrente für langjährig Versicherte und die Altersrente für Frauen. Je nach Rentenart und Lebensumstand konnten die betrachteten Jahrgänge zwischen dem 60. und dem 65. Lebensjahr in Rente gehen, wobei dann unter Umständen Abschläge hingenommen werden mussten. Die EM-Rente konnte beziehungsweise kann auch vor dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden. Auch hier kommt es zu Abschlägen.

### 2. Datensatz

Als Datengrundlage dienen die Scientific-Use-Files (SUF) der Versicherungskontenstichprobe (VSKT) der Wellen 2002 und 2004 bis 2011. Die VSKT ist ein administrativer Datensatz der Rentenversicherung. Die gewichteten Werte repräsentieren zwischen 55 und 73 Prozent der jeweiligen Jahrgänge, wenn man die Jahrgangsgrößen des Statistischen Bundesamts im entsprechenden Alter als Vergleichsgröße heranzieht.

### 3. Interner Zinsfuß

Prinzipiell berechnet die Methode des internen Zinsfußes die Verzinsung auf die geleisteten Rentenbeiträge, die benötigt wird, um sämtliche Rentenauszahlungen des Individuums bis zu seinem (statistischen) Tod zu gewährleisten. Die Verzinsung beruht auf realen Werten des Jahres 2000 und wird individuell berechnet. Es werden geschlechts- und jahrgangsspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten, Heiratswahrscheinlichkeiten

und Sterbewahrscheinlichkeiten des Partners berücksichtigt. Die Vorausberechnung zukünftiger Renten basiert auf den gesetzlich vorgeschriebenen Werten der sogenannten Niveausicherungsklausel.

$$\sum_{a=\text{year}14}^R c_{j,a} \gamma^{R-a} (1+i_j)^{R-a} = \sum_{a=R}^{\text{year}65} \frac{p_{j,a}}{(1+i_j)^{a-R\gamma a-R}} + \sum_{a=\text{year}66}^{\text{year}100} \frac{\phi_{v,a} (p_{j,a} + 0,6m_v w_{v,a})}{(1+i_j)^{a-R\gamma a-R}}$$

Mit:

- $c_{j,a}$  Beiträge von Individuum  $j$  im Jahr des Alters  $a$
- $\gamma$  Alters- und jahrspezifischer Diskontfaktor, der zum Jahr des  $p_{j,a}$  Renteneintritts  $R$  auf bzw. abzinst
- $p_{j,a}$  Erhaltene Renten von Individuum  $j$  im Jahr des Alters  $a$
- $\phi_{v,a}$  Überlebenswahrscheinlichkeit des Jahrgangs  $v$  im Alter (geschlechtsspezifisch)
- $i_j$  individuelle Verzinsung
- $m_v$  Jahrgangs- und geschlechtsspezifische Heiratswahrscheinlichkeit (aus dem SOEP)
- $w_{v,a}$  Rente des Partners (gegeben der Partner stirbt)

Lüthen (2015) zeigt folgende Robustheitsanalysen: (1) Nur Beiträge des Arbeitgebers zählen. (2) Differentielle Sterblichkeit nach Einkommen. (3) Herausrechnung der Scheidungen. (4) Niemand ist verheiratet. (5) Jeder ist verheiratet. (6) Konstantes Rentenniveau. Hierbei bleibt der Trend stets stabil.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Lüthen (2015), a. a. O.

dass eine niedrige Verzinsung die Rentenversicherung nicht automatisch kritisiert, da die Verzinsung keine Antwort auf die ideale Gestaltung des Systems liefert und es keine realistische Alternative zur gesetzlichen Rentenversicherung gibt. Allerdings kann die Verzinsung trotzdem wertvolle Hinweise für zukünftige Reformen liefern.

In dieser Studie wird die Verzinsung mit dem Internen Zinsfuß berechnet, also dem Zinsfuß, der nötig ist, um alle Rentenzahlungen für einen Versicherten bis zu seinem Tod zu gewährleisten (IZF) (Kasten). Die meisten bisherigen Berechnungen des IZF basieren auf Hoch-

rechnungen stilisierter Biografien.<sup>5</sup> Solche stilisierten Lebensverläufe haben den Vorteil, dass sie leicht und transparent für Prognosen der Verzinsung noch nicht verrenteter Jahrgänge genutzt werden können. Der Nachteil ist

<sup>5</sup> Siehe Ohsmann, S., Stolz, U. (2004): Entwicklung der Rendite in der gesetzlichen Rentenversicherung. Betrachtungen zur Rendite der aktuellen und künftigen Altersrenten. Die Deutsche Angestelltenversicherung, 4 (2), 119-124; Schnabel (1998), a. a. O.; Schnabel, R., Ottnad, A. (2008): Gesetzliche und private Altersvorsorge – Risiko und Rendite im Vergleich. Deutsches Institut für Altersvorsorge, Köln. Eine Ausnahme bildet Schröder, C. (2011): Profitability of pension contributions – evidence from real-life employment biographies. Journal of Pension Economics and Finance, 11, 311-336. Allerdings untersucht Schröder nur Renteneintritte im Jahr 2005.

allerdings, dass es aufgrund der vielen verschiedenen Lebensverläufe nahezu unmöglich ist, mit stilisierten Biografien die gesamte Bevölkerung zu repräsentieren. Daher ist es sinnvoll, vorhandene Studien durch eine empirische Analyse zu ergänzen, die auf tatsächlich gelebten individuellen Lebensverläufen beruht, um ein vollständiges Bild der Verzinsung zeigen zu können. Da dies nur für abgeschlossene Erwerbsbiografien möglich ist, basiert der vorliegende Wochenbericht auf einer Stichprobe (westdeutscher) Versicherungskonten der Jahrgänge 1935 bis 1945. So können sowohl Vergleiche innerhalb der Jahrgänge zwischen bestimmten Gruppen als auch Vergleiche zwischen den Jahrgängen vorgenommen werden.

### Gesetzliche Rente in Deutschland

In Deutschland wird die gesetzliche Rente auf Basis der Rentenformel berechnet. Die Grundlage hierfür stellen die gesamten gesammelten Entgeltpunkte dar. Man erhält einen ganzen Entgeltpunkt, wenn man in einem Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und das Durchschnittsentgelt verdient. Der Rentenbeitrag, den man dann entrichtet, stellt den Entgeltpunkt dar. Höhere beziehungsweise geringere Beiträge ergeben mehr beziehungsweise weniger Entgeltpunkte. Abgesehen von Beitragsleistungen werden auch Entgeltpunkte unter anderem für Kindererziehungs-, Kranken- oder Bildungszeiten gutgeschrieben. Diese bilden dann die sogenannten Transferpunkte, also solche Entgeltpunkte, welche nicht auf Erwerbsarbeit zurückzuführen sind. Die gesamten Entgeltpunkte werden dann mit dem aktuellen Rentenwert (bemessen am aktuellen Durchschnittseinkommen der Versicherten zum Beispiel 27,20 Euro im Jahr 2010) und dem Zugangsfaktor multipliziert. Dieser Zugangsfaktor beträgt 1 bei regulärem Renteneintritt und sinkt durch die Reform bei vorzeitigem Renteneintritt unter 1. Durch dieses Verfahren ist die individuelle Rente an das aktuelle Einkommensniveau der Erwerbstätigen „dynamisch“ angekoppelt („dynamische Rente“).

### Rentenreform 1992

Generell sind Reformen der Rentenversicherung ein wichtiges Thema in den meisten Wohlfahrtsstaaten. Alternde Gesellschaften bedrohen die Zahlungsfähigkeit des Rentensystems und erhöhen den Druck auf Regierungen, Reformen durchzuführen. Solche Reformen heben beispielsweise das Renteneintrittsalter an, senken die Rentenbeträge oder führen Anreize ein, die Menschen dazu bewegen sollen, länger im Arbeitsmarkt zu verbleiben. In ganz Europa wurden viele verschiedene Reformen durchgeführt, vor allem nach 1990.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Eine Übersicht bieten Gruber, J., Wise, D.A. (Hrsg.) (2007): Social Security Programs and Retirement around the World: Fiscal Implications of Reform. University of Chicago Press, London.

In Deutschland wurde mit der Rentenreform 1992 unter anderem ein vorzeitiger Renteneintritt mit Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat des vorzeitigen Eintritts belegt.<sup>7</sup> Der gesamte Abschlag ergibt sich somit aus der Anzahl der Monate des vorzeitigen Eintritts multipliziert mit 0,3 Prozent. Je nach Rentenart ist ein solcher vorzeitiger Eintritt ab 60 beziehungsweise 63 Jahren möglich. Die maximalen Abschläge schwanken je nach Rentenart zwischen 7,2 und 10,8 Prozent. Die Reform wurde für die Jahrgänge ab 1937 schrittweise eingeführt. Sie ist also für die Jahrgänge 1935 und 1936 noch nicht wirksam, während die jüngsten Jahrgänge im Datensatz voll betroffen sind. Somit kann untersucht werden, wie sich die Reform im Hinblick auf den Indikator der Verzinsung auswirkt. Dieser Beitrag illustriert dies anhand kontrafaktischer Analysen.

### Die Verzinsung der Beiträge von Männern, Frauen und Erwerbsgeminderten im Zeitablauf

Die gesetzliche Rentenversicherung versichert gegen das Risiko der Langlebigkeit, da die Rente bis zum Todeszeitpunkt des Versicherten (und bei Verheirateten durch die Hinterbliebenenversorgung auch darüber hinaus) gezahlt wird und gegen das Risiko der verkürzten Erwerbsdauer aufgrund einer Krankheit. Folglich ist auf Grund der höheren Lebenserwartung von Frauen eine Differenzierung nach Geschlecht interessant.<sup>8</sup> Wie gesagt: Die Rentenversicherung sichert mit der Erwerbsminderungsrente (EM-Rente) Personen ab, die auf Grund von Krankheit vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten. Die EM-Rente geht damit über die Altersrentenzahlung hinaus, da sie auch das Risiko abdeckt, den Lebensunterhalt vor dem Altersrenteneintritt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten zu können. Bei der EM-Rente ist formal eine höhere Verzinsung zu erwarten, da einer kürzeren Einzahlphase eine längere Auszahlphase gegenübersteht. Da diese Absicherung von circa einem Fünftel der Bevölkerung<sup>9</sup> in Anspruch genommen wird, ist es sinnvoll, Verzinsun-

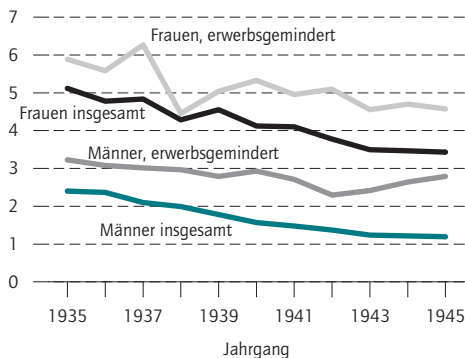
<sup>7</sup> Die Reform wurde schon kurz vor dem Mauerfall beschlossen, musste aber auf Grund der damaligen Entwicklung weiter angepasst werden. Im Folgenden wird trotzdem von „der Reform“ gesprochen. Ein erklärtes Ziel der Reform war eine (finanzielle) Gleichstellung von Rentnern, welche früh beziehungsweise regulär in Rente gingen. Für weitere Details siehe Schmähl, W. (2011): Von der Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung zu deren partiellem Ersatz: Ziele, Entscheidungen sowie sozial- und verteilungspolitische Wirkungen – Zur Entwicklung von der Mitte der 1990er Jahre bis 2009. In: Eichendorfer, E., Rische, H., Schmähl, W. (Hrsg.): Handbuch der Gesetzlichen Rentenversicherung SGB IV. Köln, Luchterhand, 169–249.

<sup>8</sup> Der Ausgleich der unterschiedlichen Lebenserwartungen gehört natürlich zur Versicherungsfunktion der gesetzlichen Rente, das heißt, die Differenzierung nach Geschlecht widerspricht im Prinzip den gesetzlichen Zielen der Rentenversicherung.

<sup>9</sup> Siehe Deutsche Rentenversicherung Bund (2013): Rentenversicherung in Zeitreihen 2013. DRV-Schriften. Bd. 22.

Abbildung 1

**Durchschnittliche Verzinsung nach Geschlecht für die gesamte Bevölkerung und Erwerbsgeminderte**  
In Prozent



Quellen: SUFVSKT2002, 2004–11; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

gen für diese Gruppe separat auszugeben. Außerdem spielt diese Gruppe für die Beurteilung der Verzinsung der gesamten Rentenversicherung eine zentrale Rolle: Bei der Gruppe der Erwerbsminderungsrentner wird die mehrfache Versicherungsfunktion der Rentenversicherung besonders deutlich.

Für die Berechnung wurden jahrgangs- und geschlechtsspezifische Sterbewahrscheinlichkeiten<sup>10</sup>, statistische Heiratswahrscheinlichkeiten und Überlebenswahrscheinlichkeiten der statistischen Partner verwendet, um auch die Hinterbliebenenrenten simulieren zu können. Die Verzinsung ist außerdem inflationsbereinigt. Eventuelle Steuern auf Rentenauszahlungen werden nicht berücksichtigt.<sup>11</sup> Zumal diese Gruppe für die Beurteilung der Verzinsung der gesamten Rentenversicherung eine zentrale Rolle spielt: bei der Gruppe der Erwerbsminderungsrentner wird die mehrfache Versicherungsfunktion der Rentenversicherung besonders deutlich.

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der realen Verzinsung für die betrachteten Geburtsjahrgänge der gesamten Bevölkerung nach Geschlecht und separat für Erwerbsgeminderte. Für die gesamte Bevölkerung sinkt

die Verzinsung über die Jahrgänge von 2,4 auf 1,2 Prozent (Männer) beziehungsweise von 5,2 auf 3,7 Prozent (Frauen). Die Unterschiede in der Verzinsung zwischen Männern und Frauen sind zum größten Teil auf die unterschiedliche Anzahl an Transferpunkten zurückzuführen. Nahezu jede Person im Datensatz verfügt über eine gewisse Menge an Transferpunkten. Der Anteil der Transferpunkte an allen Entgeltpunkten sowie deren absolute Höhe ist jedoch bei Frauen im Durchschnitt höher als bei Männern, was ceteris paribus zu einer höheren Verzinsung führt. Weitere Gründe für die höhere Verzinsung bei den Frauen sind ihre höhere Lebenserwartung und die vorteilhafte *Altersrente für Frauen*.<sup>12</sup> Außerdem profitieren Frauen mehr von der Hinterbliebenenrente als Männer. Für Personen beider Geschlechter, die mindestens einmal in ihrem Leben EM-Rente empfangen haben, ergibt sich eine wesentlich höhere Verzinsung und kein so deutlicher Trend.

## Erklärung des Trends

Es ist zu erwarten, dass zumindest ein Teil der sinkenden Verzinsung durch die 92er-Reform verursacht wird. Dieser Anteil soll anhand dreier kontrafaktischer Szenarien gemessen werden, das heißt anhand fiktiver Reformen, die es erlauben, die Auswirkungen der einzelnen Elemente des 92er-Reformpakets zu quantifizieren. *Szenario 1* misst den direkten Reformeffekt. Hier werden die Abschläge auf den vorzeitigen Renteneintritt bei allen Jahrgängen herausgerechnet. Die Analyse zeigt, dass dieser direkte Reformeffekt lediglich 13 Prozent des Trends für Männer und 19 Prozent des Trends für Frauen erklären kann. Denn die Reform hatte auch indirekte Effekte. Betroffene Personen können ihr Verhalten anpassen und zum Beispiel den Renteneintritt aufschieben.<sup>13</sup> Somit stellt der direkte Effekt eine Art Untergrenze dar. *Szenario 2* soll den Reformeffekt ohne Verhaltensanpassung messen. Hier werden Abschläge für die Jahrgänge 1935 und 1936 eingeführt. Da diese beiden Jahrgänge noch nicht von der Reform betroffen sind, können sie ihr Verhalten auch nicht angepasst ha-

<sup>12</sup> Für die genaue Ausgestaltung und einen Vergleich siehe Lüthen (2015), a. a. O.

<sup>13</sup> Ein niedrigeres Rentenlevel führt in der Regel zu einem Aufschub des Renteneintritts (zum Beispiel Börsch-Supan, A. (1992): Population Aging, Social Security Design and Early Retirement. *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, 148, 533–557; Stock, J. H., Wise, D. A. (1990): Pensions, the Option Value of Work, and Retirement. *Econometrica*, 58, 1151–1180. Es sind auch anderweitige Effekte denkbar wie eine erhöhte Anstrengung, kurz vor dem Renteneintritt einen Arbeitsplatz zu suchen, siehe Hairault, J.-O., Sopraseuth, T., Langot, F. (2010): Distance to Retirement and Older Workers' Employment: The Case for Delaying the Retirement Age. *Journal of the European Economic Association*, 8, 1034–1076, oder Ausweichversuche in Rentenformen mit geringeren Abschlägen wie die Altersrente für Schwerbehinderte, siehe Riphahn, R. T. (1999): Disability Retirement Among German Men in the 1980s. *Industrial and Labor Relations Review*, 52, 628–647.

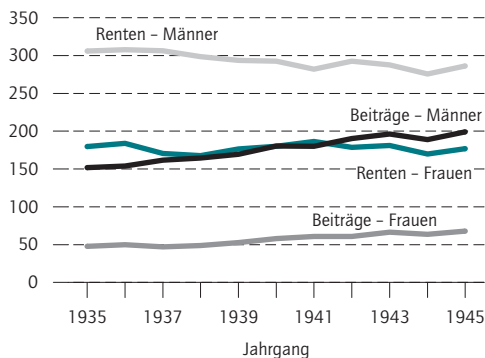
<sup>10</sup> Soziale Differenzen in der Lebenserwartung können aufgrund der Datenlage leider nur für Männer berechnet werden. Eine Berücksichtigung führt zu einem durchschnittlichen Anstieg der Verzinsung um 0,1 Prozentpunkte. Lüthen (2015), a. a. O.

<sup>11</sup> Für weitere Details siehe Kasten und Lüthen (2015), a. a. O.

Abbildung 2

### Kapitalwerte der Rentenbeiträge und -auszahlungen nach Geschlecht

Kapitalwerte des Jahres 2000 in 1 000 Euro



Quellen: SUFVSKT2002, 2004–11; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

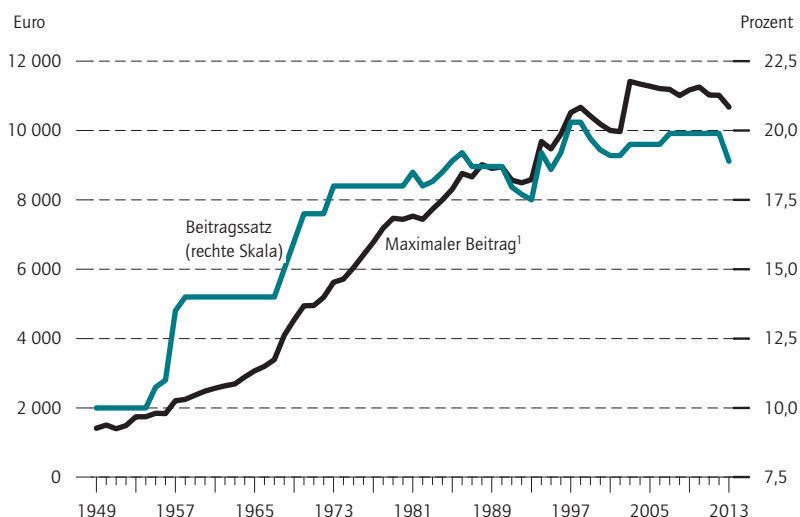
ben. Somit stellt *Szenario 2* eine Art Obergrenze des Reformeffekts dar.<sup>14</sup> Berechnungen basierend auf diesem indirekten Konzept zeigen, dass die Reform für circa 20 Prozent des Trends bei den Männern und 30 Prozent des Trends bei den Frauen verantwortlich ist. Da auch andere Faktoren das Renteneintrittsverhalten im Zeitablauf beeinflusst haben könnten, soll *Szenario 3* die beiden vorigen Ergebnisse besser einzuschätzen helfen. Hier werden sämtliche Jahrgänge hypothetisch im Alter von 60 Jahren ohne Abschläge verrentet. Diese dritte Analyse misst somit die Änderungen der Beitragsrendite im Zeitverlauf unabhängig von der Abschlagsreform. *Szenario 3* zeigt, dass diese Änderungen circa 80 Prozent des sinkenden IZF der Männer und 75 Prozent des sinkenden IZF der Frauen erklären kann.<sup>15</sup>

Da der Großteil des Trends des IZF durch Entwicklungen im Zeitverlauf erklärt werden kann, sollen diese nun genauer untersucht werden. Neben der Abschlagsreform gibt es weitere Änderungen, die einen großen Einfluss auf die Verzinsung nehmen. Hier sind vor allem die Hauptdeterminanten des IZF zu nennen: Renten und Beiträge. Um festzustellen, inwieweit die Beiträge im Zeitverlauf gestiegen beziehungsweise die Renten gesunken sind, zeigt Abbildung 2 deren Kapitalwerte nach Jahrgang. Bei den Kapitalwerten handelt es sich um inflationsbereinigte Summen zum Basisjahr 2000. Es wird deutlich, dass die Renten über die Jahrgänge nur leicht gesunken sind.<sup>16</sup> Andererseits stiegen die Rentenbeiträge deutlich, bei Männern um 30 Prozent (von 152 000 Euro auf 199 000 Euro) und bei Frauen um 40 Prozent (von 48 000 Euro auf 68 000 Euro).

Nachdem die vorigen Analysen gezeigt haben, dass der Rückgang der IZF über die Geburtsjahrgänge größtenteils durch gestiegene Beiträge verursacht worden ist, zeigt Abbildung 3 die Entwicklung der Beitragsdeterminanten des Rentensystems. 1949 mussten sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zehn Prozent ihres (sozialversicherungspflichtigen) Einkommens bis maximal 1 410 Euro zahlen; 1979 waren es bereits 18 Prozent bis maximal 7 437 Euro und 2009 maximal 11 172 Euro bei einer Beitragshöhe von 19,9 Prozent (in Werten des Jahres 2000). Dies entspricht einer Verdoppelung der Beitragsrate und einer Verachtfachung des maximalen Beitrags. Außerdem sind seit 1984 Einmalzahlungen

Abbildung 3

### Determinanten des Rentenversicherungssystems



<sup>1</sup> Der maximale Beitrag ergibt sich aus der Multiplikation von Beitragsbemessungsgrenze und Beitragssatz. Werte des Jahres 2000 in Euro.

Quellen: Deutsche Rentenversicherung Bund (2013); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

<sup>14</sup> Dies gilt, wenn man die plausible Annahme trifft, dass die Reaktion auf die Einführung der Abschläge auf vorzeitigem Renteneintritt nicht darin besteht, auf Grund dieser Abschläge noch früher in Rente zu gehen. Somit wird der Renteneintrittszeitpunkt durch die Abschlagsreform entweder nicht beeinflusst oder aufgeschoben.

<sup>15</sup> Eine grafische Darstellung findet sich in Lüthen (2015), a. a. O.

<sup>16</sup> Hierbei wird die gestiegene Lebenserwartung der jüngeren Jahrgänge mit berücksichtigt. Jüngere Jahrgänge beziehen länger Rente, diese ist allerdings geringer als die Rente älterer Jahrgänge.



wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld sozialversicherungs-pflichtig, was die Beitragsbasis anhebt.

Diese erhöhten Beitragszahlungen wirken sich auf jün-gere Jahrgänge stärker aus. Abbildung 4 zeigt die Bei-tragsprofile der ältesten und jüngsten verfügbaren Jahr-gänge in Abhängigkeit vom Alter (in realen Werten des Jahres 2000). Es wird deutlich, dass der Jahrgang 1945 zu jedem Alter höhere Beiträge entrichtet als der Jahr-gang 1935. Wie erwartet, zeigt sich außerdem ein Alters-Beitragsprofil mit einem umgekehrt U-förmigen Ver-lauf. Beide Ergebnisse gelten für Männer und Frauen, wobei Männer durchschnittlich circa dreimal so hohe Beiträge entrichten wie Frauen. Abgesehen von den Bei-trägen ist außerdem der Bundeszuschuss seit 2003 von circa 20 Prozent im Jahr 1960 auf circa 30 Prozent ge-stiegen.<sup>17</sup> Dies ist der Ausgabenanteil der Rentenversi-cherung, der nicht durch Beiträge gedeckt ist. Hiervon werden zum Beispiel die Entgeltpunkte wegen Kinder-erziehung finanziert.

## Die Rentenversicherung im Vergleich zum Kapitalmarkt

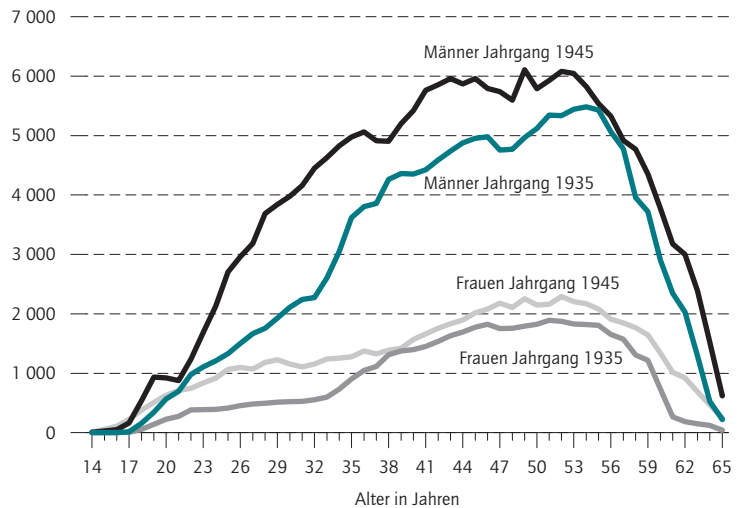
„Lohnt“ sich die Rentenversicherung nun also für die Versicherten? Als Vergleich für die Bewertung der Höhe der Verzinsung der Rentenversicherungsbeiträge wird oftmals die Verzinsung von Bundesanleihen herange-zogen, auch wenn diese keinerlei Versicherungsfunk-tion bieten. Für die untersuchten Jahrgänge bieten die Bundesanleihen eine höhere Verzinsung als die Beiträ-ge zur Rentenversicherung und können als ähnlich ri-sikolos (bezüglich des Ausfallrisikos) bezeichnet wer-den. In den letzten Jahren haben sich die Renditen der Bundesanleihen und der IFZ aber weitgehend angeglichen, so dass momentan nicht von einer vorteilhaften Anlageform gesprochen werden kann. Zusätzlich bie-tet das Umlageverfahren der Rentenversicherung auch Schutz vor Zinsschwankungen am Kapitalmarkt und kann somit als stabiler bezeichnet werden.

Wichtiger wiegt allerdings das Argument, dass die Ren-tenbeiträge nicht direkt als Geschäft beziehungsweise als Investition am Kapitalmarkt zu sehen sind und es deshalb sehr schwierig ist, die Rentenversicherung mit einer solchen Investition zu vergleichen. Die Ren-tenversicherung versichert gegen Erwerbsminderung, Langlebigkeit und Hinterbliebenschaft. Sie zahlt wei-ter bis zum Lebensende, wenn andere Anlageformen ohne Versicherungsfunktion schon verbraucht sind. Der Todeszeitpunkt ist in der Regel vorher nicht be-kannt, so dass ein Individuum auch von der Rentenver-

Abbildung 4

### Beitragsbiografien

Durchschnittliche Beiträge in Werten des Jahres 2000 in Euro



Quellen: SUFVSKT2002, 2004–11; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2015

sicherung versorgt wird, wenn es überdurchschnittlich lange lebt. Zudem ist die Versicherung gegen Erwerbs-minderung formal mit einer höheren Verzinsung ver-bunden. Falls das Erwerbsleben also vorzeitig beendet werden muss, gibt es auch hier eine Versorgung, auch wenn diese mit einem höheren Armutsrisiko einher-geht.<sup>18</sup> Insofern kann man hier von einer doppelten Ver-sicherung sprechen, die es auch wert ist, eine doppelte Risikoprämie zu zahlen. Trotzdem darf der IZF nicht zu klein werden, da ein sinkender IZF die soziale Ak-zeptanz des Rentenversicherungssystems bedroht, wo-durch Ausweicheffekte entstehen könnten. Außerdem erhöht eine niedrige Verzinsung das Altersarmutsrisiko, falls sinkende Renten der gesetzlichen Rentenversi-cherung nicht durch private Renten ausgeglichen werden.

## Zusammenfassung und Fazit

Dieser Wochenbericht zeigt, wie sich in einer illustrati-ven Rechnung die reale Verzinsung von Rentenversi-cherungsbeiträgen über die Geburtsjahrgänge 1935 bis 1945 entwickelt. Sowohl für Männer als auch Frauen geht die Verzinsung der Altersrente zurück: Von 2,4 auf 1,2 Pro-zent (Männer) und von 5,2 auf 3,7 Prozent (Frauen). Von

<sup>17</sup> Siehe Lüthen (2015), a. a. O. Die Berechnungen basieren auf Werten aus Deutsche Rentenversicherung Bund (2013): Rentenversicherung in Zeitreihen 2013, DRV-Schriften. Bd. 22.

<sup>18</sup> Deutsche Rentenversicherung Bund (2012): Sozioökonomische Situation von Personen mit Erwerbsminderung. DRV-Schriften. Bd. 99.

diesem Trend sind die Empfänger von Erwerbsminderungsrenten ausgenommen, die eine weitere Versicherungsfunktion der gesetzlichen Rentenversicherung in Anspruch nehmen.

Der Bericht zeigt weiterhin die Auswirkungen einer Rentenreform, die Abschlüsse auf den vorzeitigen Renteneintritt einführt (1992). Diese Reform macht allerdings – in Abhängigkeit von den getroffenen Annahmen – nur einen Anteil des Rückgangs von 20 bis 30 Prozent aus; der weitaus größere Teil wird durch gestiegene Rentenbeiträge verursacht. Da nicht zu erwarten ist, dass die Beiträge in Zukunft stark sinken werden, ist davon auszugehen, dass der Trend hin zu sinkenden Renditen weiter anhält. Dennoch ist die Rentenversicherung nicht als schlechtes Geschäft anzusehen, da Risiken wie Langlebigkeit und Erwerbsminderung einer Versicherung bedürfen, die verlässlich ausschüttet. Die Verzinsung sollte allerdings nicht zu stark sinken (zum Beispiel stark negativ werden), da ansonsten

Ausweicheffekte (das heißt die Vermeidung versicherungspflichtiger Tätigkeit) drohen, die die Verzinsung noch weiter absenken könnten.

Im Zuge des demografischen Wandels wird es daher in Zukunft immer wichtiger, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger Rentenreformen zu untersuchen. Für die Berechnung der Verzinsung sollte die bisher übliche Methode, stilisierte Biografien zu untersuchen, durch Analysen auf Grundlage von Mikrodaten realer Versicherungsverläufe ergänzt werden. Hierdurch kann man verlässliche Bevölkerungsdurchschnitte und Unterscheidungen bestimmter Gruppen mit der zukünftigen Entwicklung (stilisierte Biografien) vergleichen und die Aussagekraft von Vorausberechnungen erhöhen. So konnten in diesem Wochenbericht auch Renditen für Empfänger von Erwerbsminderungsrenten ausgerechnet werden, die bisher nicht bekannt waren. Ein solches ganzheitliches Bild sollte dann bei rentenpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Holger Lüthen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und in der Abteilung Staat am DIW Berlin | [hluethen@diw.de](mailto:hluethen@diw.de)

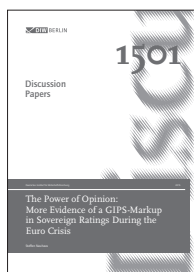
#### **"RATES OF RETURN" ON PENSION CONTRIBUTIONS: TRENDS AND THE IMPACTS OF REFORMS FOR BIRTH COHORTS 1935–1945**

**Abstract:** Although the "interest rate" of pension contributions, strictly speaking, is not comparable to the return on a savings account or a financial investment, the calculation of the return on pension contributions can definitely offer insight into the current as well as future state of the pension system—even if the figures cannot serve as direct guidelines for future reforms. This weekly report presents return rates for the birth cohorts 1935–1945 based on real employment histories. This means that—unlike in most previous studies—differences in individual life courses can be taken into consideration, and thus comparisons between certain subgroups can be performed. For those born after 1937, a 1992 pension reform that introduced early retirement deductions

is also in effect. The measuring method of the internal rate of return (IRR) shows that for the cohorts under consideration, the real interest rate of old-age pensions falls from 2.4 to 1.2 for men, and from 5.2 to 3.7 for women. For invalidity pensions, the interest rate stands at roughly 5% (women) and 3% (men), and does not show a clear trend. This means that pensions for older cohorts end up being more generous than those for younger cohorts. Nevertheless, even the pensions for younger cohorts are higher than the current return rates of safer capital investments. A counterfactual analysis shows that the majority of this difference is caused by an increase in pension contributions and not by the reform of the retirement entry.



Discussion Papers Nr. 1501  
2015 | Steffen Nauhaus



## The Power of Opinion: More Evidence of a GIPS-Markup in Sovereign Ratings During the Euro Crisis

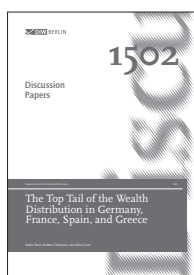
This paper examines whether the Big Three credit rating agencies actually played as active a role in the Euro Crisis as previously asserted. On the basis of panel data methods for a set of 11 EMU countries, the analysis reveals significant evidence for an arbitrary markup on the GIPS group of countries across agencies. This markup, which ranges from 1.5 notches for Moody's to 2.2 notches for S&P, suggests that GIPS countries were treated worse than other EMU members since the start of the Eurozone crisis in 2009, irrespective of economic and institutional fundamentals. A subsequent analysis of the markup's effect on yield spreads shows that this markup had significant effects on financial markets, leading to risk premiums for these countries of up to 1.6 points.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



---

Discussion Papers Nr. 1502  
2015 | Stefan Bach, Andreas Thiemann, Aline Zucco



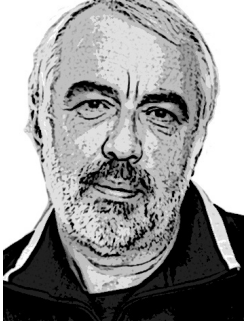
## The Top Tail of the Wealth Distribution in Germany, France, Spain, and Greece

We analyze the top tail of the wealth distribution in Germany, France, Spain, and Greece based on the Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Since top wealth is likely to be underrepresented in household surveys we integrate the big fortunes from rich lists, estimate a Pareto distribution, and impute the missing rich. Instead of the Forbes list we mainly rely on national rich lists since they represent a broader base for the big fortunes. As a result, the top percentile share of household wealth in Germany jumps up from 24 percent in the HFCS alone to 33 percent after top wealth imputation. For France and Spain we find only a small effect of

the imputation since rich households are better captured in the survey. The results for Greece are ambiguous since the data do not show clear concentration patterns.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Deutschland – ein Streikland?

---

Vermeehrt fragen Journalisten aus dem Ausland nach: Ist das über viele Jahre so ruhige Deutschland zum Streikland geworden? Wird der als fleißig, aber eher als untertänig angesehene Deutsche plötzlich aufmüpfig? Der Eindruck kann sich tatsächlich aufdrängen. Im letzten Jahr begann der gerade beendete Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn, den viele Bahnkunden durch Zugausfälle und Verspätungen zu spüren bekamen. Der Online-Versandhändler Amazon wurde bestreikt, was Verzögerungen bei den Bestellungen nach sich zog. In diesem Jahr kam es bei der Post zu Streiks, wodurch sich Briefe und Pakete in den Versandzentren stapelten. Bei den kommunalen Sozial- und Erziehungsdiensten (Kitas, Heime) schwelt der Konflikt weiter, weil die nach Streiks angesetzte Schlichtung erfolglos blieb. Bei der Lufthansa streiken aktuell die Piloten. Es gibt weitere Beispiele.

Auffallend ist, dass sich die Streiks hin zum Dienstleistungssektor verschoben haben. In der Industrie kommt es schon seit längerer Zeit allenfalls zu Warnstreiks – und fast nur mit Beteiligung der IG Metall. Die Funktionäre der Chemiegewerkschaft kennen Streiks – abgesehen von kleineren betrieblichen Auseinandersetzungen – nur noch aus den Geschichtsbüchern. Weil die Streiks in einzelnen Dienstleistungsbereichen den Bürger als Reisenden, Postkunden oder als Erziehungsberechtigten eines Kitakindes direkt treffen, wird über sie in den Medien auch häufig berichtet. So muss der Eindruck entstehen, dass viel gestreikt wird. Das täuscht aber. Zahlen für dieses Jahr liegen zwar noch nicht vor. 2014 beispielsweise wurde aber nicht mehr gestreikt als im Jahr davor. Und viele ausgefallene Arbeitstage gab es dabei, von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, aufgrund der Warnstreiks im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden. Die Zahl der durch Streiks ausgefallenen Arbeitstage lag im letzten Jahr um ein Viertel unter dem Durchschnitt der Jahre seit der deutschen Vereinigung. Davor wurde in der Bundesrepublik noch häufiger und härter

gestreikt; damals waren die Tarifkonflikte allerdings mehr auf die Industrie, zum Teil auch auf öffentliche Dienste, konzentriert. So gab es etwa 1984 zwanzigmal so viele Streiktage wie 2014. Was die Streikhäufigkeit anbelangt, klaffen Schein und Wirklichkeit also weit auseinander.

Dass sich die Streiks hin zu den Dienstleistungssektoren verschoben haben, hängt damit zusammen, dass dort immer mehr Arbeitnehmer tätig sind und noch ein erheblicher Lohnabstand zum produzierenden Gewerbe besteht. Hinzu kommen branchen- und unternehmensspezifische Besonderheiten. Bei der Bahn ging es nicht nur um Lohnanhebungen, sondern auch darum, dass miteinander konkurrierende Gewerkschaften um ihren Einfluss bei der Vertretung der Arbeitnehmer rangen. Bei den Pilotenstreiks der Lufthansa dreht sich der Konflikt darum, ob die jüngeren Piloten genauso fürstliche Bezüge beim – vorzeitigen – Ruhestand beziehen sollen wie die älteren. Es geht um das Gefühl, benachteiligt zu werden. Aus individueller Sicht mögen die Forderungen berechtigt sein, doch wird die Leistungsfähigkeit des unter zunehmenden Wettbewerbsdruck geratenen Unternehmens völlig aus dem Auge verloren. Bei den Erziehungsdiensten stehen Fragen nach der Eingruppierung und somit nach einer generellen Höherbewertung der Tätigkeiten im Vordergrund – eine sehr seltene Konstellation. Wenn Deutschland sich tatsächlich als Bildungsrepublik verstehen will, sollte auch dem Forschungsstand gefolgt werden, der einer guten frühkindlichen Erziehung die zentrale Bedeutung für den weiteren Bildungsverlauf zuspricht. Dafür bedarf es hoch qualifizierter Fachkräfte und einer Verbesserung des Ansehens des Erzieherberufs. Es geht somit auch darum, welche gesellschaftlichen Ziele verfolgt werden sollen – und auch darum, ob ein typischer Frauenberuf durch eine höhere Entlohnung aufgewertet wird oder ob in traditionellen Geschlechterrollen verharrt werden soll. Im Vergleich zu früheren Jahren sind offenbar die Ursachen für die Arbeitskonflikte vielfältiger geworden.